

BUCHBESPRECHUNGEN

- Hinck, Gunnar: *Eliten in Ostdeutschland. Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt.*
(Ralf Altenhof)..... 362
- Wall, Stephen: *A Stranger in Europe. Britain and the EU from Thatcher to Blair.*
(Gerhard Altmann)..... 363
- Stein, Tine: *Himmliche Quellen und irdisches Recht. Religiöse Voraussetzungen des freiheitlichen Verfassungsstaates.*
(Felix Dirsch)..... 365
- Ooyen, Robert Chr. van: *Politik und Verfassung. Beiträge zu einer politikwissenschaftlichen Verfassungslehre.*
(Markus Porsche-Ludwig) 367
- Möllers, Christoph: *Demokratie – Zumutungen und Versprechen.*
(Armin Pfahl-Traughber)..... 369
- Arnim, Hans-Herbert von: *Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun.*
(Markus Porsche-Ludwig) 370
- Hornung, Klaus: *Alternativen zu Hitler. Wilhelm Groener – Soldat und Politiker in der Weimarer Republik.*
(Hans Otto Seitschek)..... 372
- Nusser, Karl-Heinz: *Menschenrechte und Leistungsgerechtigkeit. Philosophische Lehren in den Zeiten der Globalisierung* und ders.: *Über die Wurzeln des demokratischen Gemeinwesens, oder: Der Fortschritt und die Sorge um den Menschen.*
(Harald Bergbauer)..... 373
- Schmidt, Oliver: *»Meine Heimat ist – die deutsche Arbeiterbewegung«. Biographische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik.*
(Armin Pfahl-Traughber)..... 374
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): *Die RAF und der linke Terrorismus.*
(Armin Pfahl-Traughber)..... 375
- Sennett, Richard: *Handwerk.*
(Hannah Bethke)..... 376
- Reich, Robert: *Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt* und Barber, Benjamin R.: *Consumed! Wie der Markt Kinder verführt, Erwachsene infantilisiert und die Demokratie untergräbt.*
(Felix Heidenreich) 379
- Alemann, Ulrich von / Münch, Claudia (Hrsg.): *Europafähigkeit der Kommunen: Die lokale Ebene in der Europäischen Union.*
(Thorsten Philipp) 381
- Riedel, Manfred: *Geheimes Deutschland. Stefan George und die Brüder Stauffenberg.*
(Holger Zapf) 383
- Gunnar HINCK: *Eliten in Ostdeutschland. Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt.* Ch. Links Verlag, Berlin 2007, 215 Seiten, 16,90 EUR.
- »Es ist eine stille, kaum zu vernehmende Elite. Sie ist ohne eigene Sprache. Sie marginalisiert sich selbst und damit den Osten insgesamt. Sie kann keine Orientierung geben, weil sie selbst ohne Orientierung ist. Sie beschränkt sich darauf, die Gegenwart zu verwalten.« So lautet die Hauptkritik Gunnar Hincks. Dessen Buch ist dreigeteilt. Im Mittelpunkt stehen 14 Porträts von Vertretern der Elite in Ostdeutschland. Eingeraht werden die Charakterstudien von einer Analyse der Führungsschicht im Osten Deutschlands und 15 Vorschlägen, wie deren »Lähmung« zu überwinden sei.
- Zur Elite zählt der Autor die Spitzen der Regierungen, Behörden, Justiz, Medien und der Wirtschaft. Ehemalige SED-Nach-

wuchskader, westdeutsche Importkräfte und ostdeutsche Seiteneinsteiger bildeten heute eine Notgemeinschaft Ost. Sie müssten einerseits zusammenarbeiten, lautet Hincks Befund, seien andererseits einander aber fremd geblieben. Keiner wolle den anderen angreifen, Konfliktscheu dominiere. »Die biographische Vielfalt hat keineswegs zu einer fruchtbaren Streitkultur geführt«. Visionen seien so kaum zu erwarten. Hinck zufolge weiß die ostdeutsche Führungsschicht mit ihrer Macht wenig anzufangen.

Allerdings nimmt der Autor die Wirklichkeit bisweilen reichlich verzerrt wahr. Lässt sich tatsächlich die These aufrechterhalten, die etablierten Eliten äußerten aus Schwäche »keine klaren Worte gegen die Rechtsextremisten«? Wenn es danach ginge, müsste Hinck zu einem anderen Befund kommen. Es gibt – trotz einiger Wahlerfolge – kein Phänomen, das gesellschaftlich so isoliert ist wie der Rechtsextremismus. Unter den Eliten besteht völliger Konsens in der breiten Ablehnung jeglicher Form des Rechtsextremismus. Naivität kann man Hinck mehrmals attestieren. »Hier, in der Welt des ehemaligen DDR-Kombinatssozialismus«, heißt es einmal allen Ernstes, »wäre es nötig, die heutigen Anforderungen von Unternehmen zu erklären«. Von intimer Kenntnis der Lage »vor Ort« zeugt das kaum.

Gleichwohl sind die Porträts samt und sonders mit Gewinn zu lesen. Hier kann Hinck seine offenkundige Stärke, die Charakterisierung einzelner Menschen, zur Geltung bringen. Aber diese Texte hängen gewissermaßen »in der Luft«. Denn dem Autor gelingt es nur selten, eine Verbindung zwischen der Analyse und den Porträts zu ziehen. Beide stehen weitgehend isoliert nebeneinander.

Hinck scheint dem Ideal einer übergreifenden, alleinseligmachenden Theorie anzuhängen, die alle Fragen beantwortet. Was dem nicht entspricht, wird als unzureichend zurückgewiesen. Dass ihn unter solchen Voraussetzungen die nachdenklichen Sätze etwa eines Wolfgang irritieren, ist wenig verwunderlich. Doch wären Lösungen auf dem Präsentierteller die besseren Alternativen? Wenn Christine Lieberknecht entschieden für die Freiheit Partei ergreift und eine konsequente Zurückhaltung des Staates fordert, ist es Hinck auch nicht recht, denn »sie bemüht sich auch nicht um Allianzen oder

Mitstreiter. Sie beschränkt sich auf Reden und Mahnungen«. Und Hans Deppe, Geschäftsführer des Mikroprozessorenherstellers AMD in Dresden, habe keine Zeit, sein Verhältnis zu Dresden sei »rein funktional«. »Er lebt in einer eigenen Welt.« So kann die ostdeutsche Misere, lautet der unausgesprochene Vorwurf, kaum behoben werden.

Doch Hincks »Auswege« können schwerlich überzeugen. Sie reichen von bekannten, allgemein unterstützten Vorschlägen (für Länderfusionen) über Fehlwahrnehmungen (»Keine Ausgrenzung der PDS« – Kann in den neuen Bundesländern davon überhaupt die Rede sein?) bis hin zu Banalitäten (»Die Stärken stärken – nicht nur als Lippenbekenntnis«). Hinck überschätzt die Macht der Eliten bei weitem. Ohnehin erscheinen die Porträtierten so heterogen, dass man sich fragt, wie der Verfasser mit gutem Gewissen von »den« ostdeutschen Eliten sprechen kann. Hinck wirft alles in einen Topf – heraus kommt die Elite in Ostdeutschland. So einfach geht das.

Ralf Altenhof

Stephen WALL: A Stranger in Europe. Britain and the EU from Thatcher to Blair, Oxford University Press 2008, 240 Seiten, 28,99 EUR.

Tony Blairs Abgang im Jahr 2007 hinterließ einen schalen Nachgeschmack. Der Schulterchluss mit Präsident Bush in Sachen Irak wurde von den Briten mehr geduldet denn gutgeheißen. Die anfänglichen Erfolge bei der Modernisierung der maroden öffentlichen Infrastruktur blieben alsbald im Dickicht bürokratischen Kompetenzgerangels und finanzieller Halbherzigkeit stecken. Und auch die versprochene Öffnung Großbritanniens zu Europa hin kam letztlich kaum über wohlgemute Absichtserklärungen hinaus. Blair, dessen Name stets fällt, wenn in der EU Galionsfiguren und Schrittmacher gesucht werden, ist es nicht gelungen, das britische Unbehagen am Projekt Europa zu überwinden. Ein Beitritt der Inselnation zur Euro-Zone ist in weite Ferne gerückt, und auch mit Blick auf den Verfassungsvertrag zieht es Blairs Nachfolger wohlweislich vor, Volkes Stimme nicht um Rat zu bitten.

Stephen Wall hat als Diplomat auf verschiedenen Posten das Innenleben der EU und mithin die Friktionen im britisch-europäischen Verhältnis aus erster Hand kennengelernt. Umso bemerkenswerter ist es daher, dass er die Geschichte der europäischen Integration in den vergangenen dreißig Jahren *sine ira et studio* nachzeichnet, um verständlich zu machen, weshalb das britische Engagement in Europa kaum je über den Status einer Mesalliance hinauswuchs.

Margaret Thatcher spielte eine zentrale Rolle im Drama um das britische Engagement in Europa. Wie Wall überzeugend darlegt, hatte die Eiserne Lady nach ihrem krachledernen Auftritt in Fontainebleau 1984, der Großbritannien einen beachtlichen Beitragsrabatt bescherte, keine Freund mehr in der damaligen EG. Thatchers Kollegen vermissten bei ihr jegliches Gespür für die historische Dimension der europäischen Integration, die sich nicht ohne weiteres in Pfund und Penny aufwiegen ließ. Helmut Kohls Vision von Europa als einer »oasis of freedom, peace, and democratic values« (S. 53) löste in der Downing Street bestenfalls Kopfschütteln aus. Für derlei kontinentalen Idealismus konnte sich Thatcher nie erwärmen. Dabei durfte die Premierministerin freilich in Whitehall selbst nicht auf rückhaltlose Unterstützung zählen. Nicht zu Unrecht, wie Wall zeigt, betrachtete Thatcher das *Foreign Office* als eine Art trojanisches Pferd, da das britische Außenamt seit jeher einen dezidiert proeuropäischen Standpunkt vertreten hatte. Thatchers Dilemma verschärfte sich mit dem Fall der Berliner Mauer. Denn obwohl britische Diplomaten in Paris die Panik Frankreichs angesichts der deutschen Wiedervereinigung mit Händen greifen konnten, war es Thatchers europaskeptische Einstellung, die eine *Entente cordiale* zur Verhinderung der deutschen Einheit sabotierte. Der französische Präsident Mitterrand setzte nämlich auf eine rasche Vertiefung der europäischen Integration, um den Nachbarn östlich des Rheins auch nach der Wiedervereinigung einzubinden – eine Strategie, die für Thatcher Anathema war. Der Europäische Binnenmarkt, der das marktliberale Credo Thatchers widerspiegelte, sollte für absehbare Zeit das letzte europäische Großprojekt sein.

Nach Thatchers Sturz vergifteten das EWS-Desaster 1992 und die BSE-Krise von 1996 die britisch-europäischen Beziehungen weiter. Der glücklose Premierminister Major, der konstruktiv in Europa agieren wollte, bekam zudem die Peitschenhiebe zahlreicher konservativer Hinterbänkler zu spüren, die – im Geiste des Thatcherismus sozialisiert – nach dem unerwarteten Wahlsieg der Tories 1992 die knappen Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus ausnutzten, um den europapolitischen Spielraum der Regierung zusehends einzuengen. Obwohl etwa im Kontext der BSE-Krise das amerikanische Importembargo für britisches Rindfleisch länger in Kraft blieb als das europäische, richtete sich die – von der stets geifernden Boulevardpresse angefachte – Wut vieler Briten ausnahmslos auf Europa: für Wall ein klares Indiz für das vorherrschend antieuropäische Bauchgefühl auf der Insel.

Mit dem Amtsantritt Tony Blairs 1997 sollte sich dies ändern. Und in der Tat gelang es dem Hoffnungsträger des Dritten Weges, das europäische Profil in der Verteidigungspolitik und beim Klimaschutz zu schärfen. Im Übrigen befließigte sich Blair eines Tonfalls, den die kontinentaleuropäischen Partner Großbritanniens seit zwei Jahrzehnten schmerzlich vermisst hatten. Blair versuchte obendrein, seinen Landsleuten unermüdlich zu erklären, dass unter den Bedingungen der Globalisierung die partielle Aufgabe von Souveränität im Rahmen einer supranationalen Institution de facto einen Zugewinn an Souveränität bedeutete. Wall macht indes keinen Hehl daraus, dass nicht zuletzt Bundeskanzler Schröder zahlreiche Initiativen Blairs wirkungslos verpuffen ließ. Schröder und der französische Präsident Chirac, so Walls deprimierendes Urteil, erweckten stets den Anschein, es habe sie in die Politik verschlagen, weil sie dieses Metier beherrschten, nicht etwa »for what politics would allow them to achieve« (S. 178). Chirac sei zudem eifersüchtig auf Blairs Jungsiegfriedattitüde gewesen, die den Hausherrn des Elysée wie den Repräsentanten eines *Ancien Régime* aussehen ließ. Wall stellt freilich nicht in Abrede, dass Blair auch zuhause gegen Windmühlen kämpfte. Europa hatte und hat in Großbritannien eine schlechte Presse. Dagegen

konnte Blair allenfalls begrenzt Geländegewinne verzeichnen, zumal er die Rückendeckung der europaskeptischen Murdoch-Journalisten für andere Projekte benötigte.

Walls ausgewogener, aber dennoch pointierter Abriss über die europäischen Wirkungen Großbritanniens schließt mit einer Analyse der Versäumnisse auf beiden Seiten: Während sich Großbritannien nie von dem verspäteten Beitritt zur EG erholte, vergaulten die Fanfarenstöße der Delors-Kommission in den achtziger Jahren selbst jene Briten, die sich, gewissermaßen *sotto voce*, durchaus eine vertiefte Integration gewünscht hätten. Wall kann auch nicht umhin, die schwindende europäische Euphorie in Frankreich und den Niederlanden mit den dünner werdenden Finanzströmen aus Brüssel in Verbindung zu bringen. Walls Insiderbericht verkneift sich effekthascherische Indiskretionen, gewährt aber dennoch aufschlussreiche Einblicke in die Feinmechanik der britisch-europäischen Beziehungen und in die Funktionsweise des britischen Regierungsapparats. Seine luziden Gedanken wecken indes nicht die Hoffnung, dass Großbritannien in naher Zukunft vom *stranger* zum *associate* wird.

Gerhard Altmann

Tine STEIN: Himmlische Quellen und irdisches Recht. Religiöse Voraussetzungen des freiheitlichen Verfassungsstaates, Campus Verlag: Frankfurt/M.-New York 2007, 372 Seiten, brosch., 32,90 EUR.

Vor nunmehr über 40 Jahren prägte der bekannte Jurist und spätere Richter am Bundesverfassungsgericht, Ernst-Wolfgang Böckenförde, seinen berühmt gewordenen Satz von den Voraussetzungen des Verfassungsstaates, die das freiheitliche Gemeinwesen selbst nicht garantieren könne. Diese mittlerweile längst zum geflügelten Wort gewordene Aussage, die Josef Isensee bereits vor Jahren als die meist zitierte Formel eines deutschen Staatsrechtslehrers bezeichnete, wurde erstmals 1967 in einem Aufsatz getroffen, der sich mit der »Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation« beschäftigt. Da sich das viel zitierte Zitat am Schluss von Bö-

ckenfördes Beitrag zur Festschrift des Verwaltungsjuristen Ernst Forsthoff befindet, war der Verfasser anfangs einer genaueren Interpretation enthoben. Erst später hat er es in einer Reihe von Studien von neuem aufgegriffen. 2006 hielt er einen Vortrag in der Carl Friedrich von Siemens Stiftung, in dem er versuchte, die relativ allgemeinen Bemerkungen mit genauerem Inhalt zu füllen. In diesem Kontext deutete der katholisch orientierte Schmitt-Rezipient, nicht zuletzt vor dem Hintergrund neuer politischer Herausforderungen, eine gewandelte Sichtweise auf bestimmte geistig-kulturelle Bedingungen an, die für westliche Staaten unentbehrlich sind, welche sie jedoch auch nicht zu schaffen imstande sind, ohne ihre liberalen Präsuppositionen aufzugeben. Klipp und klar kommt er zu folgender Schlussfolgerung: Sind die in Europa, insbesondere in Deutschland, lebenden islamischen Kontingente nicht bereit, Grundpfeiler der Verfassung, etwa die Religionsfreiheit, auf Dauer zu akzeptieren, sei das staatliche Gemeinwesen durchaus berechtigt, Freiheiten im Hinblick auf Migration, Einbürgerung und Freizügigkeit restriktiver zu handhaben. Ansonsten drohe die Gefahr, die konstitutionellen Ordnungen der europäischen Länder (zumindest langfristig) nachhaltig zu schwächen.

Angesichts der unübersehbaren Notwendigkeit einer neuen Hermeneutik der von Böckenförde erwähnten »Voraussetzungen« verwundert es nicht, dass Tine Stein im Fehlen einer ausführlichen monographischen Darstellung zu dieser Thematik ein Desiderat sah. Ihre Habilitationsschrift widmet sich ausführlich den Zusammenhängen, die auch ein Licht auf folgende existentiellen Fragen werfen können: Welche Anteile hat die christliche Tradition bezüglich der Genese hervorragender Werte des heutigen Zusammenlebens? Wie kann man mit Hilfe einer solchen Überlieferung die drängenden bioethischen Probleme in den Griff bekommen? Die Politologin, um es an dieser Stelle schon vorwegzunehmen, schätzt die religiösen Einflüsse auf unsere säkulare Gesellschaft hoch ein, mancher mag sagen: vielleicht zu hoch.

Der Verfasserin gelingt es auf interdisziplinäre Weise, die Grundlagen der freiheitlichen Verfassungsordnung herauszuarbeiten. Ihre Überlegungen sind über jeden Verdacht

des Dilettantismus erhaben, in welchen man bei einer derartigen Betrachtung im spezialisierten wissenschaftlichen Diskurs schnell abgleiten kann. Plausibel präsentiert Stein die These, dass langfristig wirksame Faktoren einen stärkeren Einfluss ausüben können als kurzfristige – eine Sichtweise, die sich als roter Faden durch die Abhandlung zieht. Schwierig zu gewichten sind dabei die Wirkungen langfristiger geistesgeschichtlicher Strömungen auf die unmittelbare Gegenwart. So stellt sich beispielsweise die Frage: Ist einerseits der dezidierte Widerstand des katholischen Bevölkerungsteils gegen absolutistische Anmaßungen der Staatsgewalt vor allem im deutschen Kaiserreich von 1871 und später in mancherlei Hinsicht auch im Nationalsozialismus oder andererseits die Verwerfung zentraler Freiheits- und Grundrechte durch Pius IX. im »*Syllabus errorum*« (1864) wirkungsmächtiger bezüglich der staatsrechtlichen Tradition? Bei der Antwort kommt es ganz entscheidend auf die (weltanschauliche) Perspektive an.

Ein maßgebliches erkenntnisleitendes Interesse der Autorin ist es, »Religion als Grundbegriff der politischen Theorie« herauszuarbeiten. Dabei kann sie auf die jüngst häufig zu hörende Redeweise von der »post-säkularisierten Gesellschaft« rekurrieren, die Folgendes besagt: Religion hat auch in der modernen Gesellschaft ihren Platz und ist insofern tatsächlich »aufklärungsresistent« (Hermann Lübke). Stein belegt mit Nachdruck, wie sehr jüdisch-christliche Einflüsse nötig waren, damit sich politische Kategorien wie Freiheit, Verantwortung, Gleichheit, Solidarität und Rechenschaftspflicht herausbilden konnten. Hier kann sich die Politikwissenschaftlerin auf einschlägige Vorarbeiten, etwa von Hans Maier, Franz-Xaver Kaufmann oder Michael Walzer, berufen. Eindringlich weist sie darauf hin, dass die biblisch vollzogene Trennung von »Herrschaft und Heil« (Jan Assmann) nicht nur traditionell-antike Formen von Vergötzung (Pharaonenkult, Goldenes Kalb, Kaiseropfer etc.) erfasste, sondern auch jene Rückfälle, die sich *post christum natum* immer wieder erkennen lassen. Dazu gehört nicht zuletzt die Weltliches und Religiöses umfassende Einheitswelt des frühen Mittelalters, die sich infolge des Investitur-

streits immer mehr auflöste, aber auch spezifisch moderne Versuche der zivilreligiösen Fundierung, die von Hobbes bis zum frühen Hegel die »zwei Köpfe des Adlers« wieder verschmelzen wollten. Diese Traditionslinie wirft den Kirchen, insbesondere der katholischen, vor, sie hätten die religiöse von der politischen Seite der Macht separiert.

In einem abschließenden Abschnitt beschreibt die Verfasserin die fortwährende Validität des religiösen Erbes. In diesem Kontext insistiert sie darauf, dass Religion eben nicht als bloße Sehnsucht nach einer frühen Ordnung abgetan werden kann. Dieser dritte Teil zeigt auf, dass die Herausbildung von Menschenrechten und Menschenwürde nicht ohne Einwirkungen der christlichen Tradition gedacht werden kann. Das gilt in hervorstechender Weise für eine absolute, deontologische Begründung des ersten Grundgesetzartikels, die von bekannten Verfassungsinterpreten wie Matthias Herdegen oder Horst Dreier in den letzten Jahren gleichwohl kritisiert wurde. Beide Juristen haben mit der traditionellen Grundgesetz-Kommentierung gebrochen, was in der Öffentlichkeit zu einem ungewöhnlich heftigen Streit führte.

Im Schlusswort referiert Stein nochmals die Genesis- und die Geltungshypothese, die ihre Untersuchung gleichermaßen leiten. Erstere arbeitet die Bedeutung des überlieferten christlichen Glaubens auf wichtige Fundamente des demokratischen Staates heraus; letztere betont explizit eine wichtige Grundlage der Verfassung, die meist nur implizit genannt wird: die Tatsache nämlich, dass die »Rechtsordnung des Grundgesetzes« offen »zur Transzendenz rekonstruiert worden« sei – eine Deutung, die die Neutralitätspflicht des Staates nicht tangiere. Diese Ansicht wird in der Forschung wohl nicht ohne Widerspruch bleiben.

Es ist erfreulich, wie nachhaltig die Schülerin des Rechtsgelehrten Ulrich K. Preuß das Ziel ihrer Schrift verfolgt. Ihre Argumentation ist einleuchtend, wenn man den Grundsätzen der abendländischen Überlieferung nahesteht. Jedoch wäre es hilfreich gewesen, wenn die Autorin zum Vergleich andere kulturell-religiöse Traditionen, etwa den Islam, herangezogen hätte. Nicht zufällig hat – wie oben erwähnt – auch Böckenförde diese

Thematik in letzter Zeit immer wieder behandelt. Stein hätte ihre diesbezüglichen Annahmen und Thesen dann zusätzlich untermauern können. Denn bekanntlich – das belegt auch der von ihr und dem Eichstätter Politologen Manfred Brocker kürzlich herausgegebene Sammelband *Christentum und Demokratie* – haben sich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde zuerst in jenen Regionen durchgesetzt, in denen sich bereits vorher das Christentum etabliert hatte. Dieser empirisch nachweisbare Befund wäre ausreichend gewesen, ein eigenes Kapitel über derartige interkulturelle Zusammenhänge zu verfassen. An der herausragenden Qualität der Studie ändert das Fehlen einer solchen Erörterung indes nichts.

Felix Dirsch

Robert Chr. van Ooyen, *Politik und Verfassung. Beiträge zu einer politikwissenschaftlichen Verfassungslehre*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 314 S., 36,90 EUR.

Robert Chr. van Ooyen geht es in seinem Buch um eine politikwissenschaftliche Analyse der Verfassung. Ausgangsthese ist, dass Verfassung und Recht heute zunehmend als ausschließliche Sache der Juristen gelten. Damit wird nach 1945 in Deutschland die gemeinsame Traditionslinie von Öffentlichem Recht (Staatsrecht) und deutscher Politikwissenschaft verlassen, die in Aristoteles und seiner Frage nach der »guten Ordnung« ihren Ausgangspunkt fand. Die Sammlung der Aufsätze des Autors aus den letzten Jahren will – in Anlehnung an den von A. Görlich und R. Voigt in den 1980er Jahren geprägten Terminus »Rechtspolitologie« – zu einem »verfassungspolitologischen« Ansatz beitragen.

Den sich in diesem Rahmen bewegenden Beiträgen liegt insbesondere »Hans Kelsens Verfassungstheorie der offenen Gesellschaft« zugrunde (S. 17ff.). Kelsen, Begründer der »Wiener Schule«, verstand sich als »Anti-Staatstheoretiker«. Damit reduziert der Verfasser den Staat auf die positive Verfassung. Demnach existiert hinsichtlich des Gemeinwohls, das sich in einem Staat verkörpern

soll, kein »Gesamtinteresse«, sondern lediglich Gruppeninteressen, die auf irgendeine Weise die staatliche Macht, den Staatswillen für sich gewinnen. Kelsen stellt sich somit explizit gegen die ältere Naturrechtslehre und die herrschende Staatslehre Georg Jellineks, die »einen Bereich von Herrschaft (errichten), der der demokratischen Verfügungsmacht entzogen ist: einmal in der Berufung auf »höheres, naturgegebenes Recht«, das sich dem Zugriff des demokratisch legitimierten, parlamentarischen Gesetzgebers entzieht, und das andere Mal in der Instanz einer »höheren Gewalt«, die ebenfalls demokratischer Partizipation gar nicht zugänglich ist und sich im »Ernstfall« als »Souverän« einfach über die demokratischen Verfahren und Entscheidungen des Gesetzgebers hinwegsetzt«. (S. 24).

Van Ooyen zitiert in diesem Zusammenhang den Staatsrechtler Carl Schmitt in Anlehnung an Thomas Hobbes: »(D)ie Autorität beweist, dass sie um Recht zu schaffen, nicht Recht zu haben braucht« (S. 24). Um das zu verhindern – so der Autor – zieht Kelsen zur Lösung des Dualismus von Staat und Recht seine radikale Konsequenz der »reinen« Rechtslehre. Nach Kelsen erzeuge weder das Recht den Staat noch der Staat das Recht, Staat und Recht seien vielmehr identisch. Demnach gilt nach Kelsen: Staat ist Recht ist Verfassung, womit, so der Verfasser weiter, der substanzhafte Staatsbegriff überwunden ist. Staatslehre sei daher Rechtslehre und als solche Verfassungslehre »also Lehre von der konkreten, jeweils geltenden positiven Verfassung – und insoweit also »reine Rechtslehre« (S. 25). In diesem Zusammenhang verweist van Ooyen auf ältere Parallelen, um mit dem Rechtstheoretiker René Marcic festzustellen: »Kelsens Staatskonzept ist eine originelle und feinsinnige Erneuerung der ureuropäischen Staatsauffassung als Rechtsauffassung, die bei (...) Aristoteles, Cicero (...) ausgebildet wird, um bei Kant gleichsam im Nachschein, unterzugehen« (S. 26). Kelsen zahlt nach Auffassung des Verfassers einen hohen Preis für die Wiederentdeckung des Staats als Rechtsgemeinschaft, da er sich so vom ontologischen Politikverständnis entfernt, er vielmehr dem modernen »realistischen« Politikverständnis anhängt, wonach Politik ausschließlich »Kampf um Macht« ist.

Kelsen vertritt ein positivistisches Postulat der Identität von Staat und Recht. Die bahnbrechende demokratietheoretische Bedeutung sieht der Autor im pluralistischen Verständnis von Gesellschaft, die sich allein durch die Verfassung als »gemeinsam«-Band politisch konstituiert: »Denn demokratietheoretisch betrachtet verbirgt sich hinter Kelsens Identität von Staat, Recht und positiver Verfassung die Absicht, die Geltung des »staatlichen« Gesetzes ausschließlich auf den Menschen zurückzuführen. Ohne Begründung des positiven Rechts durch »höhere« Werte (...) oder »soveräne« Macht (...) gibt es nämlich auch keinen Herrschaftsanspruch von absoluter Geltung.« (S. 27) Insofern werden Gesetze immer vom Menschen gemacht. Mit dem Ende des Begriffs der Souveränität gehe der Blickwinkel weg vom »Staat« hin zum Menschen, womit Kelsen eine Verfassungstheorie der pluralistischen Demokratie schaffe. Es gehe um eine »Staatslehre ohne Staat« (Kelsen), da dieser lediglich noch als »realer Verband« existiere. Diese Betonung des Ausgangspunktes beim Menschen ist ein Verdienst der Schrift van Ooyens, da die Politische Theorie bereits heute überwiegend keinen Bezug zum Menschen herstellt bzw. überhaupt herstellen *muss*, d.h.: *de facto* konfrontiert sich die Politische Theorie nicht mit ihren eigenen Ausgangsorten, womit Theorie der Theorie wegen Bestand hat.

Das Problem des »machtpolitischen« Ansatzes besteht darin, dass immer schon (wissenschaftsgeschichtlich im Sinne von abendländisch-europäischem Denken) vorausgesetzt wird, was »Politik« und »Recht« sind. Von dort aus ist dann auch klar, was politisches und rechtliches Denken sind, adäquat den Denkregeln, die vornehmlich cartesianischer und kantischer Natur sind, wobei es Kant bekanntlich um die Grundverfassung des Seienden ging, womit der Mensch mit festgestellt wurde. Die Wirklichkeit wird so permanent schematisiert, also auch Politik und Recht. Das tiefergehende Problem besteht darin, dass damit sukzessive der Drang verbunden ist, auch das »Leben« kausal erklären zu wollen.

Das menschliche Grundpostulat ist daher in Frage zu stellen. So können die dogmatisch spezifizierten anthropologischen und

erkenntnistheoretischen Zirkel durchbrochen werden, um in den Bereich zu verweisen, aus dem erst alle Zirkel ihre Sinnschärfe und ihr Recht gewinnen. Auch die Politikwissenschaft ist hiervon maßgeblich bestimmt, was sich schon aus der Tatsache der Politikwissenschaft als Wissenschaft überhaupt erklärt. Insofern sind »Recht« und »Politik« daraufhin zu durchleuchten, ob die politik- und rechtswissenschaftlichen Kategorien angemessen sind. Ausgangspunkt muss dabei stets die unverfügbare Freiheit des Menschen sein (um Artikel 1 GG gerecht zu werden). Entsprechend hat die Politik(wissenschaft) gesellschaftliche Voraussetzungen zu schaffen, dass der Mensch in Freiheit und Selbstverantwortung mit den Anderen leben kann. Garantiert wird dieser Freiheitsraum rechtlich. Somit ist das Wesen von Recht und Politik wieder fragwürdig. Die Disziplinen treten wieder in ein Verhältnis zueinander. Die Distanz zwischen Mensch und Politik(wissenschaft)/Recht(swissenschaft) schwindet, da diese jetzt »menschlich« werden und Ballast von sich abwerfen können. So wird auch die Rechtswissenschaft wieder als Sozialwissenschaft sichtbar. Die bisher eher »physikalische« Auslegung kann so reduziert werden hin zu mehr – phänomenologisch betrachtet – unmittelbarer (»naiver«) Beschreibung und damit Aufheben von Scheinproblemen. Diese Destruktionsarbeit erweist sich so als Arbeit an einer konkreten Befreiung des Menschen von einer längst fiktiv gewordenen Vorstellungswelt, was die Rechtswissenschaft besonders treffen dürfte. Damit würde der Kontakt zur gemeinsamen Traditionslinie wieder hergestellt, Begriffe wie »Politik«, »Staat«, »Verfassung« könnten so hinreichend klar gefasst werden.

Ein entsprechender Mangel muss von Ooyens Untersuchungen vorgehalten werden, deren Begriffsbestimmungen aufgrund seines Ansatzes oftmals unzureichend bleiben (müssen). Ihm gelingt es aber immerhin, der sich permanent im Selbstfindungsprozess befindenden deutschen Politikwissenschaft einige Orientierungspunkte anhand konkreter und aktueller Sachverhalte aufzuzeigen.

Markus Porsche-Ludwig

Christoph MÖLLERS: *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*, Berlin 2008 (Verlag Klaus Wagenbach), 126 S., 9,90 EUR.

Folgt man dem *Spiegel* (Nr. 19 vom 5. Mai 2008) ist die Demokratie als politisches Modell weltweit in eine Legitimationskrise geraten: Einerseits leide sie unter Ansehensverlust und Auszehrung, andererseits gebe sich der wirtschaftlich erfolgreiche autoritäre Staat als Alternative. Unabhängig davon, wie man solche Einschätzungen konkret bewertet, bedarf es in einer Demokratie fortwährend der Selbstvergewisserung über das Verständnis von Demokratie. Dazu will Christoph Möllers, der an der Universität Göttingen Staatsrecht und Verfassungstheorie lehrt, mit seinem schmalen Band *Demokratie – Zumutungen und Versprechen* einen Beitrag leisten. Es handelt sich indessen nicht um ein geschlossenes Werk mit stringenter Linie, sondern um ein verlängertes Thesenpapier mit kursorischen Kommentaren. 173 Anmerkungen zu unterschiedlichsten Aspekten des Verständnisses von Demokratie – formuliert im aphoristischen Stil mit apodiktischer Tendenz – finden sich inhaltlich mühsam in neun Kapitel eingeteilt auf 125 Seiten.

Möllers will darin die Konturen und Minimalbedingungen von Demokratie verdeutlichen, aber auch ihre Grenzen und Widersprüche aufzeigen. Insofern plädiert er für eine realistische Sicht auf dieses Modell politischer Ordnung, welchem auch immer wieder unerfüllbare Versprechen eigen seien. Zutreffend bemerkt der Autor: »Die erfolgreichsten Verächter der Demokratie idealisieren die Demokratie, um sie dann wegen ihres vermeintlichen Verrats an den eigenen Idealen zugunsten autoritärer Ordnungen verwerfen zu können« (S. 12). Und als wichtigste Grundannahme seiner Erörterungen benennt Möllers: »Wir leben nicht in einer demokratischen Ordnung, um bestimmte Probleme zu lösen, sondern weil dies am besten zum Ausdruck bringt, wie wir uns selbst verstehen: als freie Personen unter wechselseitiger Anerkennung der Freiheit aller anderen« (S. 13). Insofern könne man in einer demokratischen Gesellschaftsordnung in allen nur vorstellbaren Lebensbereichen ungleich sein, dies könne aber nicht für die Freiheit als konstitutives Prinzip der Demokratie gelten.

Orientiert an rechtlicher Grundlegung und vertragstheoretischen Überlegungen entwickelt Möllers auf dieser Basis ein Verständnis, das sich auch und gerade gegen bedenkliche und falsche Erwartungen an Demokratie richtet: Sie verspreche kein gutes Leben, was auch eine autoritäre Ordnung anbieten könne. Demokratie zielen auch nicht auf eine herrschaftslose Zukunft, sondern mache Herrschaft ausdrücklich und sichtbar. Konsens sei ein Ideal der Herrschaftslosigkeit, nicht der demokratischen Herrschaft. Immer wieder hebt der Autor auch die dynamische Dimension und entwickelte Korrekturfähigkeit der Demokratie hervor: »Demokratische Legitimation basiert auf der permanenten Änderbarkeit ihrer selbst, nicht zuletzt, weil wir immer schon in eine Ordnung hineingeboren wurden, die sich uns gegenüber nur dadurch rechtfertigen kann, dass wir die Möglichkeit haben, sie zu ändern« (S. 31). Gleichwohl ziehe das demokratische Versprechen selbst Grenzen, welche allerdings durch die Entscheidung für Demokratie und nicht von außen auferlegt würden.

Die formale Präsentation von Möllers Überlegungen ist durchaus gewöhnungsbedürftig. Immer wieder ist man versucht, an den Rand Bemerkungen wie »Bitte genauer!«, »Mehr begründen« oder »Was soll das heißen!« zu schreiben. Man könnte auf diese Einwände aber auch mit einem »Warum nicht auch einmal so?« reagieren. Offenbar kommt es Möllers mehr auf ein entwickeltes Problembewusstsein und weniger auf geschlossene Theorien an. Von daher liefert sein Buch wichtige Anregungen und Einsichten. Sie beziehen sich auf die unterschiedlichsten Politikbereiche von der Außenpolitik bis zum Parteiverbot. Über letzteres heißt es: »Mit einem Gerichtsverfahren gibt die demokratische Politik die demokratische Konfrontation auf und leitet ihre Verantwortung einfach weiter« (S. 112). Möllers macht an diesem Beispiel deutlich, dass Demokratie im Sinne einer wechselseitigen Anerkennung als vernünftige Wesen auch immer wieder begründet werden muss. Darauf aufmerksam gemacht zu haben, ist nur eines der Verdienste seiner Thesen.

Armin Pfahl-Traugber

Hans-Herbert von Arnim: Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun, München 2008. Bertelsmann Verlag, 368 S., brosch., 16,95 EUR.

Dass die heutige deutsche Politikwissenschaft einer Traditionslinie entstammt, die eng mit derjenigen des öffentlichen Rechts bzw. des Staatsrechts verbunden ist, wird nach 1945 zunehmend vergessen. Damit geht eine wichtige disziplinäre Traditionslinie verloren, und insbesondere das, was den Gründervätern der deutschen Politikwissenschaft noch gelang: das starke Fokussieren auf Normen und Institutionen des politischen Prozesses als politikwissenschaftliche Gegenstände sowie die Gegenüberstellung von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit als methodologischer Zugang.

Der bekannte Emeritus für öffentliches Recht und Verfassungslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Hans-Herbert von Arnim, sensibilisiert immer wieder für diese Zusammenhänge und tritt Vorurteilen und »Ängsten« gegenüber dem Recht entgegen, durch eine einfache und klare Sprache, prägnante Beispiele und insbesondere einem unkonventionellen Zugang zur Materie. Nicht nur Studierende, sondern auch interessierte Bürgerinnen und Bürger schätzen an von Arnims Büchern, dass sie auch »beim Rattern eines Zuges« gelesen werden und auch in Bahnhofsbuchhandlungen vergleichsweise kostengünstig erworben werden können. Von Arnim beschreibt die Absicht seines neuen Buches wie folgt: »Die Zusammenhänge herzustellen und die Realverfassung unseres Landes hinter den auf Glanzpapier vorgeschobenen Normativverfassungen zu enthüllen gilt als Tabu. Solche Entzauberung müsste, so scheint man instinktiv zu befürchten, ja auch die Grundvorstellungen, auf denen Staat und Gesellschaft beruhen, ins Wanken bringen und die Legitimität der Herrschaft im Staat, in der Wirtschaft, in Verbänden und Medien erschüttern. In Wahrheit kann nur ungeschminkte Offenheit die Basis schaffen, um die tief gehenden Defizite unseres Gemeinwesens zum Wohle aller zu beseitigen [...] Hält man sich also nicht an die Tabuisierung – und das sollte die ureigenste Aufgabe des Wissenschaftlers

sein – und schiebt den macht- und interessebedingten Schleier beiseite, entsteht ein Gesamtbild, das zu schlüssigen Erklärungen führt und weitgehende Folgerungen für Staat und Gesellschaft erzwingt.« (S. 13)

Insoweit bleibt er der Linienführung seiner Bestseller-Bücher der Vergangenheit (*Staat ohne Diener, Der Staat als Beute, Das System, Das Europa-Komplott* u.a.) treu, auch inhaltlich, denn die meisten der präsentierten 82 geschlossenen Texte, in 16 Kapiteln gegliedert (von Volkssouveränität und Verfassung, Wahlen, direkter Demokratie über politische Parteien, Parlamente, Gewaltenteilung, bis hin zu Medien, Folgen der Wiedervereinigung, Wirtschaft, Korruption und »Zukunft unserer Kinder«), sind bereits »von Arnim-Klassiker«, wenngleich ergänzt, aktualisiert, didaktisch neu aufbereitet (»Des Buches roter Faden«, S. 314 ff.; »16 Schlussthesen«, S. 341 ff.). Insoweit ist auch *Die Deutschlandakte* ein »typischer von Arnim«. »Die Deutschlandakte« ist die Quintessenz intensiver Recherchen und jahrelanger Beschäftigung des Autors mit den politischen und gesellschaftlichen Zuständen in Deutschland«, heißt es denn auch im Klappentext.

Als von Arnims Generalthese (S. 12) ist zu vernehmen, und hier trifft er den Zeitgeist, Demokratie erweise sich als handlungsunfähig. Dies ist natürlich fraglich. Geht man, wie von Arnim, bei dieser Frage von den Grundsätzen der Demokratie aus, also insbesondere Rechtsstaatlichkeit, Volkssouveränität, Mehrheitsprinzip, Verantwortlichkeit von Wählern und Gewählten, Absetzbarkeit der Repräsentanten im Falle von Missbrauch, dann dringt man, wie der Autor, leicht zu der Auffassung vor, Demokratie sei heute nur noch ein Versprechen, mit der Realität habe sie wenig zu tun. (S. 36) So ist heute tiefer nachzufragen: Die Bedeutungen von »Freiheit«, »Eigenverantwortung«, »Selbstbestimmung«, »Aufgabe«, »Herausforderung« – »Mitbestimmung«, »Partizipation«, »Wirtschaftsdemokratie« müssen erhellt werden. Sie müssen mit der Aktualität in Verbindung gebracht werden, nur dann sind diese Begriffe aussagekräftig. Es stellt sich damit die Frage: Was ist das Politische der Politik?

Man kann hier – wie von Arnim – formal argumentieren. Demnach ist »Politik«

Machterwerb und Machtgebrauch. Doch um willen wessen? Hier können Aristoteles und Platon herangezogen werden: um willen der Freiheit und des gerechten menschlichen Zusammenlebens (S. 314). Eine materielle/inhaltliche Seite hat jedoch weiter zu gehen. Es muss um normative Ansprüche gehen, wie sie sich insbesondere in Grundrechtskatalogen finden, also in den Verfassungen verankert sind. Demnach geht es dem Menschen hier in erster Linie um Freiheitsräume, die zu erkämpfen sind. Denn ohne Freiheit kann der Mensch zumindest als »Mensch« nicht leben. Freiheitsräume müssen dem Menschen gewährt werden und dafür stehen die Gesetze. Oder er müsste sie – falls sie nicht bestehen – zumindest erkämpfen können. Man hat sich hier an Hannah Arendt zu erinnern, die ebenfalls davon ausgeht, dass es Politik zentral mit dem Freiheitsraum zu tun hat, ohne den wir als Menschen nicht wirklich leben können. Man kann daraus auch ableiten, dass man gegen eine totale Verfügung nur angehen kann, indem man an etwas unzerstörbarem, das aber oft verstellt ist, anknüpft: spontan zu urteilen, ohne dabei irgendwelchen vorgegebenen Regeln zu folgen. Das ist es, was menschliche Existenz ausmacht. Ausdruck dessen ist die Möglichkeit des menschlichen Revoltierens (A. Camus). Der Mensch hat mit dieser Freiheitsfähigkeit die *Möglichkeit*, die bestehenden Denk- und Handlungsstrukturen zu zerbrechen und so dagegen zu revoltieren. Somit kann er immer wieder neu anfangen. Der Mensch hat somit immer wieder die Möglichkeit, neue Dimensionen seines Menschseins zu entdecken. Dies macht das wirkliche menschliche Leben aus. Der heutige faktische Begriff des Politischen, der sich bei von Arnim zeigt, sieht anders aus. Denn er konkretisiert vielmehr ein positivistisch-affirmatives Politikverständnis. Dagegen muss sich ein normativer Begriff des Politischen in Widerspruch setzen.

Das menschliche Dasein ist die Möglichkeit des Freiseins für das eigene Seinkönnen. Diesen Raum des Allein-seins (neben dem des Mit-seins) kann nur der einzelne Mensch selbst ausfüllen. Demokratie kann demnach nur heißen: eine Lebensform dieser Freiheit, zu der aber Verantwortung hinzutritt. Freiheit und Verantwortung müssen

demnach bewusst ergriffen werden. Freiheit ist jedem eigen. Sie muss aber auch in ihrer Möglichkeit »ergriffen« (Karl Jaspers) werden. Beim Ergreifen stellen sich dem Menschen Fragen, die er beantworten muss, denen er sich zu verantworten hat. Dies wäre nunmehr der Part der Politikwissenschaft, z. B. welche institutionellen Voraussetzungen zu schaffen sind, um diesen öffentlich-rechtlichen Raum auch zu gewährleisten. Denn egal welches politische System wir uns ausdenken: wir finden hier meist Entscheidungsstrukturen vor, in denen Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse existieren, die mehr oder minder festgefahren sind. Also: Politik ist abhängig von der Entscheidungsfreiheit des Einzelnen in einem existenziellen Verständnis. Nur so lässt sich wirklich von einer Polis sprechen. Entsprechende Vorurteilsstrukturen sind aufzubrechen. Hier kommt die Politikwissenschaft ins Spiel.

Da diese Methode heute in der Politikwissenschaft keine wirkliche Rolle spielt, werden Bücher wie *Die Deutschlandakte* von wachen Juristen verfasst. Dies ist ein Ausdruck der Krise der Politikwissenschaft, da sie diese skizzierte Aufgabe nicht mehr sieht. Es geht heute politikwissenschaftlich – und hier schließt von Arnim an – nur noch darum, alles aus der Perspektive des »Willens zur Macht« (Nietzsche) zu sehen, also alles unter den formalen Politikbegriff zu subsumieren. Es geht nur noch um die Erforschung der politischen Macht. Dann geht es etwa innenpolitisch, wie bei von Arnim, nur noch um »Lug und Trug« von Politik, um Korruption usw. So repräsentiert auch heute eine politische Partei nicht das Volk, auch alle Parteien nicht. Entscheidend ist vielmehr der *Fokus* der Politik!

Von Arnims Buch ist überzeugend, ein Werk, das Standards setzt, vor dem Hintergrund des formalen Aspekts, des Machtaspekts von Politik. Dieser Aspekt macht auch diesen Band wieder zu einem Bestseller. Dagegen muss sich jedoch stets, und diese Perspektive wäre wohl weniger bestsellerträchtig, des Grundgesetzes erinnert werden, das vor 60 Jahren im Dreck entstanden ist, in Schutt und Elend. Die Feiern sind ein Anlass, sich auch der fast vergessenen Widerstandskämpfer des 2. Weltkriegs zu erinnern und zu fragen, was ihr Vermächtnis ist.

»Wohl dies: Es sind die Grundrechte, die die Freiheit sichern. Und diese Grundrechte erhalten sich nicht von selbst. Ein kleiner Widerstand – Zivilcourage, Bürgermut, aufrechter Gang – muss also ständig geübt werden. Damit der große Widerstand entbehrlich bleibt.« (Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung v. 19.07.2008, S. 4)

Markus Porsche-Ludwig

Klaus HORNUNG: Alternativen zu Hitler. Wilhelm Groener – Soldat und Politiker in der Weimarer Republik. Graz u. a.: ARES-Verlag, 2008, s/w-Abbildungen, 245 S., 19,90 EUR.

Den historischen Längsschnitt einer Biographie verbindet der Autor Klaus Hornung, der bis zu seiner Emeritierung 1992 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart-Hohenheim war, mit dem Querschnitt durch eine der entscheidendsten Phasen neuerer deutscher Geschichte: der letzten Jahre der Weimarer Republik 1932-1933.

Beschäftigte sich Hornung lange Zeit mit der Geschichte und der Kritik des Totalitarismus, so in *Das totalitäre Zeitalter* (Berlin 1993, 2. Aufl. 1997) oder *Die offene Flanke der Freiheit* (Frankfurt a. M. u. a. 2001), so legt der Autor nach seiner erfolgreichen Scharnhorst-Biographie (Esslingen, München 1997, 2. Aufl. 2001) nun einen weiteren wichtigen historischen Lebensbericht vor. Dabei geht es Hornung keineswegs um einen bloßen Bericht des Vergangenen. Anhand der lebendigen Schilderung des Lebensweges und der »geistigen Wurzeln« (S. 15 f.) von Wilhelm Groener (1867-1939), der in einem umfangreichen Bildteil mit treffenden Photographien illustriert wird (zwischen S. 128/129), wird der Verfasser ein Schlaglicht auf die Zeit der ums Überleben ringenden Weimarer Republik und auf die politischen Möglichkeiten, die verfassungsrechtlich noch bis zuletzt bestanden haben. Implizit greift Hornung damit die These von der Notwendigkeit der Geschichte an, als dessen »Produkt« Hitler an die Macht kam und die deutsche Katastrophe herbeiführte. Alternativen waren möglich, so in der Person Wilhelm Groeners, des preußi-

schen Soldaten, der als Minister der späten Weimarer Republik diente und der an der Auflösung von SA und SS 13.4.1932 beteiligt war (S. 112-117). In der Regierung Papen-Schleicher fand er dann keinen Platz mehr. Wer weiß, welche politischen Möglichkeiten Groener in dieser historischen Situation ab Juni 1932 gewusst und in die Tat hätte umsetzen können. Bei diesen Untersuchungen geht Hornung nicht in der platten Manier kontrafaktischer »Geschichtsschreibung« vor, sondern rekonstruiert wissenschaftlich genau die Ausgangspositionen und die Folgen der historischen Ereignisse der Jahre 1930-1933 in Deutschland und Europa.

Anders als die Biographie von Dorothea Groener-Geyer (General Groener, Frankfurt a. M. 1955), der Tochter Wilhelm Groeners, die insbesondere dem Vergessen ihres Vaters entgegenwirken wollte – nicht einmal im Süden der heutigen Bundesrepublik, aus dem Groener stammte, ist eine Kaserne oder eine andere Einrichtung der Bundeswehr nach ihm benannt –, geht es Hornung um die historische Analyse einer Karriere, die einen Offizier des alten Preußen in die Politik führte. Dieser Schritt war in der damaligen Zeit ungewöhnlich: Preußische Militärs wollten mit dem »Gehabe« der neuen Republik nichts zu tun haben. Andererseits betonten die republikanischen Politiker ihre Bürgerlichkeit und grenzten sich dadurch von Offizierskreisen ab. Umso trauriger für die politische Praxis, die gerade militärhistorischen und taktischen Wissens dadurch allzu oft entbehrte. Auch die Schwierigkeiten, die Groener auf der politischen Bühne hatte, weisen diese Problematik deutlich nach. Andere Autoren, wie Johannes Hürter in seiner Mainzer Dissertation *Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932)* (München 1993), konzentrieren sich im Wesentlichen auf Groeners Wirken als Minister und gehen nicht auf die besondere Verbindung zur Zeit der ausgehenden, krisengeschüttelten Republik ein. Das insgesamt wenig bekannte, aber positive historische Urteil über Groener beweisen keine Geringeren als der britische Historiker John W. Wheeler-Bennett (Hindenburg, London 1967) oder Friedrich Meinecke (*Die deutsche Katastrophe*, Wiesbaden 1946 u. ö.).

So füllt der Rothfels-Schüler Hornung mit seinem Groener-Buch, das neben Anmerkungen, Bibliographie und Danksagung eine detaillierte Zeittafel und ein Namensregister (leider kein Sachregister) abrunden, eine Lücke in der biographischen und historischen Forschung. Der Verfasser wirft dabei durchaus neue Fragen nach dem Ende der Weimarer Republik auf: Wäre ein anderer Weg als der totalitäre möglich gewesen und wenn ja, wie hätte er ausgesehen? Ein fundamentales Versäumnis war laut Hornung, dass in dieser Situation Politiker wie Wilhelm Groener von der politischen Spitze vertrieben oder gar nicht erst für politische Ämter berücksichtigt wurden; sie hätten gerade mit ihrem militärpolitischem Wissen Hitlers Pläne früher erkennen und gegebenenfalls durchkreuzen können. Doch dazu kam es – wie uns die Geschichte schmerzlich lehrt – leider nicht mehr. Wilhelm Groener starb am 3. Mai 1939, also noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, als Pensiönär in Potsdam-Bornstedt.

Klaus Hornung sieht als Zielgruppe seines Buches vor allem auch junge Menschen und Geschichtslehrer, aber auch Politiker, die sich nicht mit einfachen, standardisierten Antworten auf die Fragen nach dem deutschen Weg in den nationalsozialistischen Totalitarismus zufrieden geben wollen und zu einem differenzierten Geschichtsbild gelangen wollen. Ihnen gibt Hornung in der Schlussbetrachtung (S. 193-202) die Antwort, dass »Alternativen zu Hitler« möglich gewesen sind, auch auf der Basis der vermeintlich schwachen Weimarer Verfassung. Alternativen sind aber auch für die heutige Zeit möglich, für eine antitotalitäre Zukunft einer freien bürgerlichen Gesellschaft.

Hans Otto Seitschek

Karl-Heinz NUSSER: Menschenrechte und Leistungsgerechtigkeit. Philosophische Lehren in den Zeiten der Globalisierung, Hamburg: Merus Verlag, 2007, 184 S., 17,90 EUR; ders.: Über die Wurzeln des demokratischen Gemeinwesens, oder: Der Fortschritt und die Sorge um den Menschen, Freiburg u.a.: Karl Alber Verlag, 2005, 214 S., 22 EUR.

Die Beschäftigung mit der zeitgenössischen politischen Ethik führt rasch einen Problemkreis vor Augen, in dem detailliert und fachkundig die Produktion, Verteilung bzw. Nichtverteilung materieller Güter diskutiert wird. So wichtig dieser Problemkreis für den Menschen ist, er stellt nur eine Kategorie unter mehreren dar. Ausgehend von der aristotelischen Unterscheidung zwischen äußeren, politischen und seelischen Gütern konzentriert sich die Diskussion auf die erste der erwähnten Gruppen. Diese von L. L. Vallauri so genannten »exklusiven Güter« wie Konsumgüter, Reichtum, Macht, Prestige, deren Merkmal es ist, andere Menschen vom eigenen Gebrauch bzw. Besitz auszuschließen, dominieren den gegenwärtigen Ethikdiskurs; die »nicht-exklusiven Güter« wie öffentliche Güter und Erkenntnisse, die andere Menschen nicht ausschließen, oder die so genannten »inkluisiven Güter« wie Kommunikation, Gemeinschaft und Freundschaft, die den Bezug zu andern Menschen voraussetzen, geraten dagegen in den Hintergrund.

Diese Einseitigkeit vor Augen, plädiert der Autor der vorliegenden Bände für eine stärkere Berücksichtigung und Integration klassischer Ansätze und Einsichten. Er präsentiert in erfrischender Kürze einige Kernthesen der griechischen Meisterdenker Platon und Aristoteles und schlägt von dort die Brücke zu Fragen und Herausforderungen der Gegenwart. So wird auf die Bedeutung des bereits von Platon entwickelten Grundsatzes der Leistungsgerechtigkeit verwiesen, die empfiehlt, Menschen entsprechend ihrer tatsächlichen Leistung zu belohnen, sowie auf die ungebrochene Aktualität des Naturrechtsdenkens, das Recht und Gerechtigkeit nicht in das ausschließliche Belieben (und damit in die Willkür) des Menschen stellt. Die Neuzeit rückt trotz verschiedener und wiederholter Rückkopplungsversuche von den Vorgaben der klassischen Antike ab: Thomas Hobbes, Hans Kelsen und Niklas Luhmann setzen an die Stelle des Naturrechts einen engmaschigen Rechtspositivismus, und die diversen Strömungen des Sozialismus im Laufe der Neuzeit untergraben nachhaltig die Plausibilität des Leistungsgedankens.

Die Auseinandersetzung mit Immanuel Kant ist von zentraler Bedeutung für den

Verfasser. Kant bildet einen Schnittpunkt, an dem noch vereint ist, was später in verschiedene Richtungen auseinander läuft: Die Liberalen schätzen Kants Trennung von Recht und Moral sowie die von ihm konzipierte Willkürfreiheit; die Verteilungstheoretiker greifen Kants Begriffe von Freiheit und Republik auf, da diese materielle Chancengleichheit implizieren; und die modernen Friedens- und Weltstaatstheoretiker schließlich rekurren auf ihn, da Kant ein Verbot des Krieges ausgesprochen und fruchtbare Überlegungen zum politischen Fortschritt angestellt hat. Kants Theorie wird mindestens in dem zweifachen Sinne als »Weichenstellung der Moderne« begriffen, als er das Prädikat der Ewigkeit, das bei Augustinus noch der »civitas Dei« vorbehalten war, auf die »civitas terrena« übertrug, und zudem aus der Dynamik des Ökonomischen eine Form des prästabilisierten Fortschritts abgeleitet hat.

Ein großer Teil der Ausführungen des Autors erstreckt sich auf Theoretiker des 20. Jahrhunderts. So wird zum einen auf Max Weber eingegangen, der dem Gedanken des Endzustandes des Friedens bei Kant oder der Idee des Fortschrittsdenkens bei Hegel als Kontrapunkt das »Gehäuse der Hörigkeit« entgegenhält, das die moderne staatliche Bürokratie zwangsläufig hervorbringt und das die »Sorge um den Menschen« laut werden lässt; zum anderen diskutiert der Autor den Egalitarismus von John Rawls sowie die von ihm ausgehenden Strömungen des radikalen Liberalismus (Robert Nozick) und des Kommunitarismus (Michael Sandel, Charles Taylor, Michael Walzer).

Ein Leitgedanke der Darstellung ist die Feststellung, dass gerade im 20. Jahrhundert das Modell des Vertrages auf die politische Ethik übertragen wurde. Die Moral erscheint als vertraglich erzielteltes Interessenprodukt autonomer Bürger. An die Stelle des gemeinschaftlichen Lebens der Bürger tritt das souveräne Individuum, das seinen eigenen Vorteil zur fast ausschließlichen Lebensmaxime macht. Der Autor präsentiert die von den genannten und anderen Theoretikern vorgebrachten Standpunkte auf relativ knappem Raum, setzt sich kritisch und kenntnisreich mit ihnen auseinander und reklamiert vor dem Hintergrund dieser Eng-

führung der modernen politischen Ethik den Reichtum und Erfahrungsschatz der abendländischen Tradition. Dass moderne Demokratien nicht nur wegen ausgeklügelter institutioneller Gefüge existieren und funktionieren, sondern vor allem wegen ihrer Verwurzelung im Denken und Wollen der Menschen, macht die Lektüre der beiden Bände unmissverständlich deutlich.

Harald Bergbauer

Oliver SCHMIDT: »Meine Heimat ist – die deutsche Arbeiterbewegung«. *Biographische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 2007: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, kart., 390 S., 56,50 EUR.

Am 15. April 2008 wäre Richard Löwenthal hundert Jahre alt geworden. Er gehörte zu den bedeutendsten Repräsentanten der zweiten Generation der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere seine Arbeiten zum Kommunismus und zur Sowjetunion fanden in den 1960er und 1970er Jahren große Aufmerksamkeit. Darüber hinaus spielte Löwenthal im gleichen Zeitraum als Berater der SPD eine wichtige Rolle. Und schließlich gehörte er auch zu den Kritikern der Achtundsechziger, denen gegenüber er einen »romantischen Rückfall« attestierte. Bemerkenswert ist auch Löwenthals eigene politische Entwicklung, führte sie ihn doch von der orthodox-marxistischen KPD über undogmatische sozialistische Gruppen bis zur westlich orientierten Sozialdemokratie. Den damit verbundenen Prozess darstellen und deuten will der Sozialwissenschaftler Oliver Schmidt in seiner Studie »Meine Heimat ist – die deutsche Arbeiterbewegung«. *Biographische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik*.

Entgegen dieses Titels handelt es sich demnach nicht um eine konventionelle Biographie, verschränkt der Autor doch die Lebensbeschreibung mit einer konkreten Fragestellung. Er will untersuchen, »ob und wie weit sich Löwenthal nach seiner Abkehr vom revolutionär-marxistischen Linkssozia-

lismus als Mitglied der Widerstandsgruppe ›Neu Beginnen‹ zu einem durch westliche Demokratie- und Pluralismusvorstellungen geprägten Konsensliberalen wandelte» (S. 12). Die letztgenannte Position steht nach Schmidt für eine Auffassung im Sinne des angelsächsischen Liberalismus, der Ökonomie des New Deal des Pragmatismus und des liberalen Internationalismus. Er will die Herausbildung eines solchen »Ideenpools« im Sinne einer Aneignung westlicher Wertvorstellungen im Wandel der politischen Überzeugungen Löwenthals untersuchen. Das damit verbundene Erkenntnisinteresse zieht sich durch die Lebensbeschreibung, die klassisch historisch-chronologisch in drei Teile gliedert ist:

Zunächst widmet sich Schmidt Herkunft und Jugend Löwenthals zwischen 1908 und 1935, wobei er der Hinwendung zum Marxismus aus einer »gefühlsmäßigen Grundposition« (S. 45) große Aufmerksamkeit widmet. Der Bruch mit der KPD erfolgte bei dem zeitweilig hochrangigen Funktionär im Bereich studentischer Hochschulpolitik durch die Hinwendung der Partei zur »Sozialfaschismus«-These. Danach bewegte sich Löwenthal in der bündnisbereiten KPD-Opposition und den undogmatischen sozialistischen Gruppen »Org« und »Neu Beginnen«. In seinen Exiljahren zwischen 1935 und 1945 verstärkte sich die Abkehr vom langjährigen Leitbild Sowjetunion bei aller Rücksicht angesichts deren antifaschistischer Politik. Gleichwohl trat Löwenthal noch gegen Ende des Krieges für einen »sozialistisch geprägten gesellschaftlichen Wandel« (S. 229) ein. Erst in den frühen Nachkriegsjahren entwickelte er sich zu einem Sozialdemokraten, was Schmidt vor allem auf die »von ihm wahrgenommene Bedrohung Europas durch die UdSSR« (S. 315) zurückführt.

Ende der 1950er Jahre endet die Darstellung, sei dann doch »die politische Entwicklung Löwenthals vom Linkssozialisten zum Konsensliberalen abgeschlossen« (S. 18) gewesen. Diese Begründung ist zwar nachvollziehbar, aber mehr als nur bedauerlich. Interessant wäre gerade auch eine Analyse von Löwenthals Auseinandersetzung mit Achtundsechzigern, Reformsozialismus und Sowjetunion als »Konsensliberaler« gewesen. Dazu finden sich im letzten Kapitel leider

nur cursorische Ausführungen. Ansonsten handelt es sich aber um eine gut recherchierte Studie, die anhand von Löwenthals Handlungen und Publikationen seine politische Entwicklung anschaulich nachzeichnet. Gegen Ende der Studie finden sich noch interessante vergleichende Betrachtungen mit anderen Sozialdemokraten ähnlicher politischer Herkunft. Hier hätte man sich noch eine ausführlichere Analyse zu den Brüchen in der Entwicklung gewünscht, gleichwohl liefert Schmidt einen wichtigen Beitrag zum Weg eines bedeutenden späteren »Gründungsvaters« der deutschen Nachkriegs-Politikwissenschaft.

Armin Pfabl-Traugber

Wolfgang KRAUSHAAR (Hrsg.): *Die RAF und der linke Terrorismus*, Hamburg: Hamburger Edition, 2007, zwei Bände, gebunden, 1415 S., 78 EUR.

Über die linksterroristische »Rote Armee Fraktion« (RAF) liegt mittlerweile eine Fülle von Literatur vor. Hierzu gehören Gesamtdarstellungen ebenso wie Lebensbeschreibungen, Fallstudien ebenso wie Vergleiche. Der Hamburger Sozialwissenschaftler Wolfgang Kraushaar, bekannt durch seine zahlreichen Studien zur bundesdeutschen Protestbewegung, legt mit den beiden voluminösen Sammelbänden *Die RAF und der linke Terrorismus* eine Art Forschungsbilanz zum Thema vor. Auf 1415 Seiten sollen die 47 Autoren von 64 Texten Antworten auf folgende Fragen geben: Wie lässt sich Terrorismus definieren? Welche ideologischen Prinzipien und persönliche Prägungen lagen ihm zugrunde? Wie kann die Bedeutung einzelner Protagonisten eingeschätzt werden? Wie stand es um die Verbindungen zu anderen terroristischen Gruppen im Ausland oder den Staaten des »real existierenden Sozialismus«? Wie reagierten die Medien und der Staat auf das seinerzeit für die Bundesrepublik Deutschland völlig neue politische Phänomen Linksterrorismus?

Ausführungen dazu finden sich in den elf Kapiteln, die sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten beschäftigen: Zunächst geht es um das Verständnis von Terrorismus und

seine Unterschiede zum Guerillakampf und die ideologischen und politischen Prägungen des Konzepts »Stadtguerilla«. Dem schließen sich Beiträge zu den einzelnen Generationen und Protagonisten der RAF sowie den anderen linksterroristischen Gruppen in der Bundesrepublik an. Politische und soziale Besonderheiten der RAF und ihre Vernetzungen mit internationalen Parallelorganisationen stehen danach im Zentrum des Interesses. Die folgenden Beiträge widmen sich dem Umgang von Justiz, Politik und Staat sowie Film, Literatur und Medien mit dem Linksterrorismus. Und schließlich findet man Aufsätze zur Analyse des Terrorismus-Phantoms und zu verschiedenen Deutungsmöglichkeiten des Terrorismus. Autoren der Texte sind überwiegend renommierte Wissenschaftler und ausgewiesene Nachwuchswissenschaftler aus den unterschiedlichsten Fachdisziplinen.

Wie in jedem Sammelband unterscheiden sich die einzelnen Beiträge nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch und qualitativ. Gleichwohl kann allgemein von einem beeindruckenden Werk auf dem aktuellen Stand der Forschung mit hohem Erkenntnisgewinn und Informationsgehalt gesprochen werden. Die wichtigsten Fragestellungen und Themen findet man überaus anregend und reflexionswürdig dargestellt. Dazu dürfte auch die interdisziplinäre Zusammensetzung der Autoren beigetragen haben. Inhaltlich fehlen indessen Ausführungen zu den Opfern des Terrorismus und Darstellungen zur Sympathisantenszene. Beide Bände konzentrieren sich darüber hinaus all zu sehr auf die RAF der ersten Generation, während die zweite und dritte Generation geringere Aufmerksamkeit in Gestalt von nur einem gesonderten Aufsatz erhält. Gleiches gilt für die anderen beiden linksterroristischen Gruppen »Bewegung zweiter Juni« und »Revolutionäre Zellen«, findet man doch über sie ebenfalls jeweils nur einen einzigen Aufsatz.

Nach der Veröffentlichung dieses voluminösen Projektes zeichnet kein neues Bildes der Geschichte der RAF. Viele Informationen und Interpretationen sind Kennern der Materie bereits bekannt. Eine Ausnahme bilden hier die Ausführungen zu den Kontakten der RAF zu palästinensischen, aber

auch zu anderen westeuropäischen Terrorgruppen. Besonders der erstgenannte Kontext ist für die Entwicklung der deutschen Linksterroristen von großer Bedeutung, bildete doch die logistische und politische Unterstützung von palästinensischer Seite gerade in der Entstehungs- und Krisenphase der RAF einen zentralen Einflussfaktor. Zum Themenkomplex »RAF und DDR« enthält der Sammelband leider keine neuen Erkenntnisse, somit bleiben Ausmaß und Motive der SED-Diktatur bei dieser Zusammenarbeit weiterhin im Dunkeln. Besondere Beachtung verdienen demgegenüber die Ausführungen über den »Antizionismus« der RAF, der hier als eine kaum versteckte Form des Antisemitismus gedeutet wird.

Ein kontrovers diskutiertes Thema ist immer wieder die Frage nach den ideologischen Bedingungsfaktoren für das Aufkommen des Linksterrorismus. Inwieweit können dafür die Achtundsechziger Bewegung oder neomarxistische Theorien verantwortlich gemacht werden? Eine allzu einfache Kausalwirkung postulieren in dem Sammelband gleich zwei Aufsätze, die zum einen in Walter Benjamin und zum anderen in Rudi Dutschke wichtige Stichwortgeber sehen. Während im erstgenannten Fall der behauptete Einfluss noch nicht einmal ansatzweise überzeugen kann, liefert der Verweis auf die »Guerilla-Phantasien« des Wortführers der Studentebewegung dafür genauere Belege. Gleichwohl überzeugt die damit verbundene These trotz der Hinweise auf Metaphern und Sprengstoffepisoden nicht, besteht doch zwischen revolutionärem Gerede und terroristischen Taten ein bedeutender Unterschied. Diese wie andere analytisch interessante Themen machen – unabhängig von der jeweiligen Deutung und Position – den Sammelband aber zu einer beachtenswerten Forschungsbilanz.

Armin Pfahl-Traugbber

Richard SENNETT: Handwerk, Berlin: Berlin Verlag 2008, 432 S., 22 EUR.

Als Prometheus die Büchse der Pandora öffnete, brach das Unheil über die Welt herein.

Für den Soziologen Richard Sennett, der mit seinem Buch *Handwerk* den ersten Band seiner geplanten Trilogie über »materielle Kultur« vorgelegt hat, markiert dieser griechische Mythos in der westlichen Kultur den Beginn der »Furcht vor selbstzerstörerischen materiellen Erfindungen« (9). Die von Menschen gemachten Dinge stellen kein »neutrales Faktum« (389) dar, sondern sie befinden sich stets in dem Konflikt zwischen materiellem Fortschritt und ethischem Verantwortungsbewusstsein. Vor dem Hintergrund dieser Ambivalenz gegenüber allem vom Menschen Gemachten zielt Sennetts kultursoziologischer Essay auf eine Aufwertung dessen, was in der Hand des Menschen liegt – des Handwerks.

»Handwerk« bezeichnet zunächst die *Einstellung*, eine Arbeit um ihrer selbst willen gut zu machen (32 u. a.). Der Handwerker übt seine Tätigkeit mit einer besonderen Hingabe und Gründlichkeit aus, deren Motivation nicht in einem fremdbestimmten Belohnungssystem zu suchen ist, sondern in dem Wert der handwerklichen Tätigkeit selbst liegt. In Abgrenzung zu seiner Lehrerin Hannah Arendt, deren Unterscheidung zwischen *Animal laborans* und *Homo faber* er als zu strikte Trennung zwischen Arbeit und Geist kritisiert (16 u. a.), will Sennett die Dichotomie von »Hand und Kopf« überwinden.

Als handwerkliche Tätigkeit ist hier nicht nur jene Arbeit zu verstehen, die umgangssprachlich mit dem Wort »Handwerker« assoziiert wird – also etwa die Tätigkeit des Schreiners, Malers oder Dachdeckers. Informatiker, Musiker, Architekten, Köche, Ingenieure und Künstler gehören für Sennett ebenso zum Kreis der Handwerker; selbst Schriftsteller, die er als »Handwerker des Wortes« bezeichnet (229), sind davon nicht ausgenommen. All diesen »Handwerkern« ist ihre »handwerkliche Einstellung« gemeinsam, also ihre Bereitschaft, mit großer Hingabe etwas um seiner selbst willen gut zu tun.

Die Entwicklung handwerklicher Fertigkeiten erfordert eine »Langsamkeit der Zeit« (391), um die für das Handwerk notwendige »Vertiefung des Verständnisses« (377) erreichen zu können. An dieser Stelle knüpft Sennett an seine vorherigen Schriften

an, denn die »handwerkliche Orientierung« (32) stellt für ihn ein Gegengewicht dar zu der durch Beschleunigung und Oberflächlichkeit geprägten »Kultur des neuen Kapitalismus«.

Sennetts Kultursoziologie des Handwerks gliedert sich in drei Teile: »Handwerker«, »Handwerk« und »Handwerkliches Können«. Vom antiken Weber bis zum Linux-Programmierer, vom mittelalterlichen Goldschmied bis zur postmodernen Architektur, vom Ziegelmacher bis zur Erfindung des Mobiltelefons streift Sennett alle erdenkbaren Erscheinungen und die damit verbundenen Problemdimensionen, die sich mit seinem Begriff des Handwerks fassen lassen. Als leitendes Erkenntnisinteresse dient ihm hierbei die anthropologisch dimensionierte Frage, »was das Herstellen konkreter Dinge über uns selbst verrät« (17).

Am Beispiel des Goldschmieds legt Sennett die Prädispositionen offen, die die handwerkliche Einstellung zur Voraussetzung hat: das Gefühl der inneren Verpflichtung, das Streben nach Ehrsamkeit und Wahrhaftigkeit. Bei der Goldprobe kam es darauf an, echtes von falschem Gold zu unterscheiden; sie war also auch abhängig vom Ehrgefühl des Goldschmieds, dem es durch den Ehrenkodex seiner Zunft verboten war, seine Arbeit nachlässig zu verrichten oder gar zu betrügen.

Die mitunter romantisch anmutenden Erzählungen über die vergangenen Zeiten des ehrenhaften Handwerks können dem Vorwurf einer proklamierten Rückkehr ins vorindustrielle Zeitalter gleichwohl standhalten. Denn es geht Sennett nicht um den Kampf gegen die Maschine; vielmehr gelte es, die Tradition der Aufklärung fortzusetzen, die in der Arbeit *mit* der Maschine »die radikale emanzipatorische Herausforderung erblickte« (161).

Galt den Enzyklopädisten um Diderot der Handwerker noch als »Symbolgestalt der Aufklärung« (125), setzte mit der Industrialisierung der fortschreitende Prozess eines Niedergangs des Handwerks ein, der nach Sennett in der fragmentierten Arbeitswelt des neuen Kapitalismus eine gefährliche Zuspitzung erfahren hat. Der Soziologe begreift diese Entwicklung zu einer radika-

len Entwertung der Handarbeit des Menschen sowohl in politischer als auch in anthropologischer Hinsicht als Verlust an demokratischer Kultur und als Reduktion der Komplexität menschlicher Fähigkeiten auf die an anderer Stelle beschriebene Gestalt des »flexiblen Menschen«.

Einen interessanten Anknüpfungspunkt liefert Sennett im Hinblick auf seinen Vergleich des Übens von Musikinstrumenten mit den aktuell diskutierten Aufmerksamkeitsdefiziten von Schülern. Entgegen weit verbreiteter pädagogischen Ansichten, nach denen die Lösung dieses Problems in einer Motivationssteigerung des Schülers durch den Lehrer mittels eines »abwechslungsreich« zu gestaltenden Unterrichts zu suchen sei, betont Sennett die Relevanz der repetitiven Phasen für den Lernprozess des Schülers. Ebenso wie der Klavierspieler ohne das stete Wiederholen von Fingerübungen nicht auskommt, kann auch der Schüler ohne mechanische Übung und Wiederholung des Lernstoffs keine Lernfortschritte erzielen. Sennett weist darauf hin, dass die Erfahrung von Wiederholungen den Grundstein legt für den durch einen gleichmäßigen Rhythmus geschaffenen Prozess der Stabilisierung, deren der Schüler für die Steigerung seiner Konzentrationsfähigkeit bedarf: »Der Rhythmus des Übens, der ein Gleichgewicht zwischen Wiederholen und Antizipieren herstellt, sorgt von sich aus für Engagement.« Und er fügt hinzu: »Wir erweisen Menschen, die unter mangelnder Aufmerksamkeit leiden, einen schlechten Dienst, wenn wir verlangen, dass sie eine Sache verstehen, bevor sie sich darauf einlassen.« (237)

Problematisch muss indes Sennetts These erscheinen, dass das Talent zu einem »guten Handwerker« bei allen Menschen gleichermaßen vorhanden sei. Im Gegensatz zur modernen kapitalistischen Gesellschaft, »die Menschen streng nach dem Kriterium der Fähigkeit« sortiere (355), betont Sennett die wesentliche Gleichheit der Menschen, deren Begabungen sich nur graduell voneinander unterscheiden ließen. Diese These übersieht jedoch, dass der von Sennett kritisierte Wettbewerb der Ungleichheit unter dem Deckmantel der Gleichheit vorangetrieben wird. Somit ist die Suggestion einer beste-

henden Gleichheit aller Menschen der Kern des Problems und nicht die Betonung ungleicher Fähigkeiten, obschon die Herabwürdigung handwerklicher Arbeit in der Tat eine Ursache dieses Problems ist.

Eine Kritik an Sennett muss darüber hinaus noch an anderer Stelle erfolgen: sie betrifft die große Zahl verschiedenster Beispiele und Vergleiche, die Sennett zur Exemplifizierung seiner Soziologie des Handwerks heranzieht.

Auf die zunächst verblüffende Idee, z. B. das Fleischmesser des Kochs mit der Entspannungspolitik oder den Bau und die Nutzung von Treppenaufgängen mit Jazzmusik zu vergleichen, muss man erst einmal kommen. Und doch gewinnt man den Eindruck, dass Sennetts Bestreben nach einer Rehabilitierung des Handwerks dazu führt, möglichst viel darin unterzubringen – mit der bedauerlichen Konsequenz, dass die Dominanz seiner assoziativen Gedankensprünge an einigen Stellen seines Textes einen Mangel an Stringenz mit sich bringt. Hier wird auch eine konzeptionelle Schwäche seines Vorhabens sichtbar: Für eine Kulturgeschichte des Handwerks, die diesen Namen verdient, hätten die von Sennett aufgeführten Beispiele sehr viel ausführlicher und systematischer dargestellt werden müssen; für einen kultursoziologischen Essay aber verliert sich Sennett, der mit fast jedem Unterkapitel ein neues Fass aufmacht, zu oft im Detail. Dies hat auch zur Folge, dass häufig interessante Aspekte wie die Analysen von Max Weber, Pierre Bourdieu oder Norbert Elias nur oberflächlich angerissen werden; anstatt sie auszuführen und zu diskutieren, kommt sogleich das nächste Beispiel. In dieser Hinsicht muss sich Sennett deshalb den Hinweis auf den von ihm selbst zitierten Grundsatz gefallen lassen, dass hier weniger deutlich mehr gewesen wäre.

Ungeachtet dieser Kritikpunkte hat Sennett jedoch ein lesenswertes und lehrreiches Buch vorgelegt, in dem er als Kopfarbeiter unter Beweis stellt, dass er sein Handwerk beherrscht.

Hannah Bethke

Robert REICH: *Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt.* Frankfurt/ New York: Campus Verlag 2008, 326 S., 24, 90 EUR und Benjamin R. BARBER: *Consumed! Wie der Markt Kinder verführt, Erwachsene infantilisiert und die Demokratie untergräbt.* München. C. H. Beck 2007, 395 S., 24, 90 EUR.

Über Jahrzehnte hat man Argumente und empirische Belege dafür gesammelt, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus demokratische Entwicklungen begünstigen. Die Hoffnung, dass ökonomisch starke Bürger auch um politische Rechte kämpfen, weil sie darüber mitentscheiden wollen, was mit ihren Steuergeldern geschieht und den Anspruch auf Autonomie aus der ökonomischen in die politische Sphäre tragen, ist bisher im Falle Chinas paradigmatisch enttäuscht worden. Die Opposition konnte sich nicht zum Massenphänomen ausweiten. Die Kombination aus rasanter ökonomischer Entwicklung und politischer Stagnation deutet darauf hin, dass offenbar die symbiotischen Beziehungen aus ökonomischem und politischem Liberalismus keine Naturkonstante darstellen. Mehr noch: Der außergewöhnliche Aufstieg Chinas legt gar den Verdacht nahe, dass im globalen Konkurrenzkampf jene Nationen obsiegen, in denen ein autoritärer Staat mit rücksichtsloser Effizienz den Weg für die ökonomische Entwicklung frei räumt ohne Rücksicht auf die Rechte des Individuums nehmen zu müssen. Wenn sich Autokratie und ökonomischer Erfolg nicht ausschließen, wie ist das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie vor diesem Hintergrund zu denken? Diese Frage beantworten die Bücher von Reich und Barber mit einer Warnung vor dem Ende der Demokratie.

Robert Reichs Buch über den die Bedrohung der Demokratie durch den Superkapitalismus geht von empirischen Beobachtungen aus und endet mit konkreten Ratschlägen. Reich, der unter Clinton von 1993-1997 Arbeitsminister war, legt gewissermaßen ein Arbeitspapier vor, das Diagnosen aufgrund von Daten erhebt und Therapien unter Berücksichtigung ihrer möglichen Umsetzbarkeit vorschlägt. Den Übergang vom demokratiekompatiblen Ka-

pitalismus zum demokratiegefährdenden Super-Kapitalismus verortet Reich in den frühen siebziger Jahren. Die Konkurrenzverhältnisse zwischen Unternehmen werden durch technische Innovation nicht mehr relativ, sondern exterminativ. Im Kapitalismus verkauft sich das bessere Produkt besser; im Super-Kapitalismus, in dem Mobilitäts- und Informationstechnologien maximale Markttransparenz herstellen, vernichtet das branchenführende Unternehmen tendenziell die Konkurrenz. Dies wiederum bedeutet, dass der Konkurrenzkampf mit allen Mitteln ausgetragen werden muss. Das Ausspionieren von Mitarbeitern, die systematische Korruption auf höchster Ebene und die Täuschung von Kunden sind keine misslichen Ausnahmefälle, sondern die logische Konsequenz.

Vor allem aber zwingt der gnadenlose Konkurrenzkampf die Unternehmen dazu, mit allen Mitteln Lobby-Arbeit zu betreiben und an diesem Punkt greift der Super-Kapitalismus von der Ökonomie auf die Politik über. Zentrale Kapitel des Buches sind der Analyse der Lobby-Kultur in Washington gewidmet. Neu sind die dort zusammengetragenen Einsichten nicht; sie sind Thema eines jeden Wahlkampfes.

Zu den wichtigsten ideologischen Gegnern Reichs gehört die gesamte Bewegung des CSR, des *Corporate Social Responsibility*. Wer Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung auferlege, verdecke damit nur die Verantwortung der Politik. Gäbe es strengere Gesetze, bedürfte es keiner gnadenhalber gewährten Schein-Verantwortung der Konzerne, die vor allem dazu diene, das Image aufzupolieren. Die Konzeption des CSR widerspricht indes der Systemlogik; wer von Fußballspielern verlange, zugleich als Schiedsrichter zu agieren, täusche nicht nur die Zuschauer, sondern schwäche zugleich die Rolle des eigentlichen Schiedsrichters. In diesem Sinne stellt Reichs Buch ein Plädoyer für eine eigenständige Sphäre des Politischen dar.

Die Beschreibungen, die Reich vorbringt, sind nicht neu. Dass der Speckgürtel der Lobbyisten den Einfluss der Bürger auf das politische System schwächt, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Neu indes sind Reichs empirische Belege. Der Autor führt

en détail vor, wie das Spiel zwischen Politikern und Lobbyisten funktioniert, das dazu dient, Verantwortlichkeiten zu kaschieren. Sein inhaltlich stärkstes Argument gegen den Lobbyismus lautet: »Da nur Menschen Staatsbürger sein können, sollten auch nur Menschen am Prozess der demokratischen Willensbildung teilnehmen können.« (289) Aber wie würde die Umsetzung dieses Grundsatzes im Einzelnen aussehen? Ein Parlament, das lediglich Staatsbürger zu Anhörungen empfängt – diese Vorstellung ist reichlich utopisch.

Während Reich die Konsequenzen einer technologisch bedingten Verschärfung der Konkurrenz entfaltet, kreist Barbers Argumentation um das vom Konsumismus in die Regression getriebene Subjekt. Diese Analysen mögen aus kontinentaleuropäischer Perspektive sehr amerikanisch wirken. Ein nahe liegender Einwand besagt, man habe dies alles schon gehört. Europa kennt eine große literarisch-philosophische Tradition der Konsumkritik, beginnend mit dem franziskanischen Armutsstreit, endend mit Lukács, Marcuse, Adorno, Fromm, Heidegger. Eine solche Lesart würde das Buch als Genre-Vertreter mit derselben Stilkritik behandeln, die wir an einen Krimi oder eine protestantische Predigt anlegen, wenn wir fragen: Erfüllt der Text die Vorgaben des Genres auf originelle Art?

Doch damit unterschläge man Barbers wichtigstes Argument, das besagt, dass Quantität irgendwann in Qualität umkippt. Und auf dieser Grundlage versammelt Barber durchaus gute Argumente dafür, dass in den letzten Jahrzehnten etwas qualitativ Neues entstanden ist.

Untermauert mit zahlreichen, gut belegten empirischen Befunden konstatiert der Autor die Ausweitung von Depressionen in fortgeschrittenen Marktgesellschaften, die Verbreitung von Kaufsucht (jeder vierte Brite ist nach klinischen Kriterien kaufsüchtig), die aggressive Bewerbung von Kindern mit neurowissenschaftlich fundierten Mitteln, die Zynismen einer Industrie, die mit Brutalisierung und Verblödung Milliardenumsätze produziert. Gerade in diesem Mut zum Abstieg in die Katakomben der Kulturindustrie liegt die Stärke dieses Buches, weil es Tatsachen ins Bewusstsein rückt, die sonst

in der Politischen Theorie keine Rolle spielen: Rund 100 Millionen Internetnutzer metzeln monatlich Pixelmonster im Spiel *World of Warcraft* und produzieren Einnahmen von 3,6 Milliarden Dollar im Jahr. Barber verschont uns nicht mit derartigen Details aus der Welt des Massenkonsums – und gerade hierfür muss der Leser dankbar sein, denn ihm bleibt der Direktkontakt mit jenen Horrorfilmen und Reality-Shows erspart, deren seelenverbeulende Wirkung Barber im Einzelnen rekonstruiert.

Zu den fatalen Nebeneffekten eines alle Hemmungen entledigten Konsumismus gehören die Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes und die Vermengung von wirtschaftlichem und politischem Marketing. Zentral ist in Barbers Argumentation die Unterscheidung zwischen dem Erwachsenen, dem der politische Bürger entspricht, und dem Kind, das die Fernfolgen des eigenen Handelns nicht abschätzen kann und dem daher die bloße Privatperson mit ihren manipulierbaren Wünschen entspricht. Der Markt, so Barber weiter, »bevorzugt Jungesellen und Jungesellinnen, kindliche Verbraucher ohne soziale Bindungen außer jenen, welche die Vermarkter ihnen gönnen« (164). Der Markt infantilisiere daher systematisch, weil er den Impuls strukturell dem Willen vorziehe, uns zwar gibt, was wir impulshaft wünschen (*like*), aber nicht die Möglichkeit bietet, Strukturen zu schaffen, die wir wollen (*want*). Er treibe den Bürger aus der Rolle eines dem Gemeinwohl verpflichteten Trägers von Verantwortung hin zu einem die paternalistische Politik bloß konsumierenden Privatiers. Die Tendenz zur Privatisierung einstmals kollektiver Güter – vom Trinkwasser bis zur inneren und äußeren Sicherheit, die an Söldner-Firmen wie Blackwater ausgelagert wird, deutet Barber in einem eigenen Kapitel als Auflösung des Leviathan und Rückkehr in den Naturzustand. Auch seine Beschreibungen dessen, was die kapitalistische Werbewirtschaft Kindern zumutet, legen den Finger mit Präzision in die Wunde: »Kinder sollten spielen und nicht zahlen, handeln und nicht zuschauen, lernen und nicht shoppen.« (338-339) Milliarden werden investiert, um dies zu verhindern.

An dieser Stelle ließe sich einwenden, dass die Imperativstruktur, die der Markt an das Einzelsubjekt richtet, widersprüchlich ist und daher nicht nur infantilisiert: Der Markt infantilisiert uns *als Konsumenten* – aber wir nehmen eben auch als (tatsächliche, künftige oder mögliche) Produzenten am Marktgeschehen teil. Und in dieser Rolle werden die Anforderungen an ein »erwachsenes« Selbstmanagement durch technische Innovationen eben höher. Nur so lässt sich erklären, dass Kinder sowohl einem Infantilierungsangebot als auch einem massiven Druck des frühen Erwachsenwerdens ausgesetzt sind, der Muße durch ein Zeitmanagement vernichtet, das bereits im Kindesalter darauf angelegt ist, ein Maximum an Bildung und Aktivität in einem minimalen Zeitraum zu erfüllen.

Die Folgerungen, die Barber aus seiner Theorie der Infantilisierung zieht, bleiben indes wenig überzeugend. Denn leider reißt der sonst so überzeugende Faden zur Empirie an dieser Stelle ab: Steigt nicht trotz allem das bürgerliche Engagement allerorten, wenn auch in neuen Formen, nicht in Parteien und Gewerkschaften? Dem transnational infantilisierenden Kapitalismus sollen nun transnationale Bürger gegenübergestellt werden; die Rettung der Demokratie sei nur durch ihre Globalisierung möglich, die demokratische Souveränität erst wieder herstellen soll. Damit verschiebt sich der Umschlag von der Regression zur neuen Emphase für die *res publica* ins Utopische. Barber selbst sieht diese Gefahr deutlich.

Ein Blick auf die feinen Unterschiede im Grade des Konsumismus hätte klären können, ob nicht auch durch Regieren in beschränkten Räumen Maßnahmen möglich sind, die gewünschte Tendenzen stärken und den Konsumismus zumindest eindämmen. Ladenschlusszeiten, Buchpreisbindungen, Altersbeschränkungen, Förderung öffentlicher Musikschulen, vor allem aber Werbeverbote, die sich, unter Berufung auf eben jene neurowissenschaftlichen Untersuchungen begründen ließen, mit denen Werber die Wirksamkeit ihrer Strategien anpreisen, und sich beliebig ausweiten ließen – bis zur völligen Verdammung von Werbung aus dem öffentlichen Raum: Offenbar gibt es Möglichkeiten.

Die Gefährdung der Demokratie durch Lobbyismus und Konsumismus wird bei Reich und Barber faktenreich beschrieben. Während Reich Vorschläge macht, die auf Umsetzung zielen, bleibt es bei Barber bei einem relativ vagen Appell an engagierten Bürger. Beide Bände zeichnen nicht nur ein ebenso faktenreiches wie dunkles Bild der amerikanischen Gegenwart. Sie könnten damit die Diskussion anregen, wie gesetzliche Regelungen aussehen könnten, die einen öffentlichen Raum ermöglichen, in dem sich Menschen als Staatsbürger und nicht nur als Konsumenten oder Anbieter begegnen.

Felix Heidenreich

Ulrich von ALEMANN/Claudia MÜNCH (Hrsg.): *Europafähigkeit der Kommunen: Die lokale Ebene in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 505 S., brosch., 39,90 EUR.

Die Kommunen und ihre Rolle im Mehrebenen-System der Europäischen Union erfahren seit einigen Jahren wachsendes Interesse in demokratie- und systemtheoretischen, verwaltungs- und europarechtlichen Untersuchungen. Als Ort der Bürgernähe und der lokal erfahrbaren Demokratie wird die Kommune im EU-politischen Kontext häufig als Korrektiv zum gemeinhin diagnostizierten »Demokratiedefizit« erkannt. Erstarktes kommunales Selbstbewusstsein kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Flut europäischer Rechtsetzung zahlreiche Politikbereiche der Gemeinden immer weiter einschränkt: Daseinsvorsorge, Wirtschaftsförderung, Umweltschutz, Planungshoheit und Sparkassenrecht sind nur die prominentesten Brennpunkte einer gereizten, häufig weniger wissenschaftlich denn öffentlichkeitswirksam geführten Kontroverse, in der schnell von der »Kommunalblindheit« europäischer Verträge die Rede ist.

Aus dem Umkreis der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität liegt nun ein Sammelband vor, dessen Herausgeber den Blick darauf lenken möchten, dass die zunehmende Europäisierung von Politikbereichen für die Kommunen keine reine Verlus-

terfahrung bedeuten muss, sondern Chancen und Handlungsräume eröffnet, die es auf lokaler Ebene zu erkennen, mitzugestalten und zugunsten kommunaler Belange zu nutzen gilt. Die Herausgeber diagnostizieren gleich zu Anfang, dass die deutschen Gebietskörperschaften angesichts der Herausforderungen auf gutem Weg sind: Die Einrichtung von Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die den lokalen Standort inmitten eines liberalisierten europäischen Binnenmarkts zu stärken suchen, und der Aufbau von EU-bezogenen Koordinierungsstellen in vielen Stadtverwaltungen verraten ein geschärftes Bewusstsein über die Notwendigkeit eigener kommunaler Europaaktivitäten. An die Adresse der Entscheidungsträger, Kommunalpolitiker und Verwaltungsfachleute, die ihr EU-politisches Engagement weiter ausbauen möchten, richtet sich der Sammelband mit Hintergrundwissen, Erfahrungsberichten und Anregungen zur Vertiefung und zur praktischen Hilfestellung. In der Konsequenz umfasst der Kreis der Autoren weniger Wissenschaftler als v.a. Angehörige jener breiten Berufsgruppe, die im konkreten Politikalltag zwischen den Polen Kommune und Europa vermitteln muss: Städtische Europabeauftragte, Kommunalpolitiker, kommunale Interessenvertreter in Brüssel usw. Daher verwundert es wenig, dass die weit überwiegende Zahl der Autoren darum bemüht ist, die Beziehung zwischen lokaler und europäischer Ebene als positive Herausforderung zu perspektivieren und den eigenen Berufsstand als tragfähiges und beispielhaftes Muster der Interdependenzbewältigung herauszustellen.

Aus wissenschaftlicher Sicht wird dies nicht immer überzeugen können. Wenn mehrere Autoren etwa den Ausschuss der Regionen (AdR) ernsthaft als »Hüter des Subsidiaritätsprinzips« (S. 49) und als geeignetes institutionelles Mittel der kommunalen Interessenvertretung ausgeben – wobei sie offenbar weiterhin die Zielvorstellung einer »Dritten Kammer« im Hinterkopf behalten (S. 31) – so übergehen sie wohlwollend die altbekannte und in zahlreichen Forschungsbeiträgen mantraartig durchgekaute Großproblematik der strukturellen Schwächen, mangelhaften Einbindung und

inneren Zerklüftung des AdR. Dass die in Brüssel ansässigen kommunalen Verbände zunehmend auf informellem Weg denn über die (wenigen) kommunalen AdR-Mitglieder Einfluss zu üben und Interessen zu schützen versuchen, ist jedenfalls ein augenfälliges Zeichen für mangelndes Vertrauen in formelle Strukturen. Ob eine stärkere Institutionalisierung kommunaler Interessen in Brüssel angesichts der starken Heterogenität europäischer Gemeinden überhaupt realisierbar ist, wagen die Autoren erst gar nicht zu fragen: Bekanntlich findet die starke Stellung deutscher Gemeinden im nationalstaatlichen Rahmen und ihre durch Art. 23 (1) GG verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltung in den meisten EU-Mitgliedstaaten keine Entsprechung. Mehrere Beiträge des Bandes befassen sich zwar mit den kommunalen Traditionen und Selbstverständnissen in den Nachbarländern Polen, Frankreich und Tschechien, doch auch hier wird weniger analysiert als vielmehr beschrieben.

Auch die demokratietheoretisch hochrelevante Frage der Legitimität informeller Beteiligung, die ja als Hauptform des kommunalen Interessenschutzes in Brüssel gelten muss, wird nicht differenziert. Zwar erscheint, wie die Autoren betonen, gerade aus Nützlichkeitsüberlegungen ein verstärktes Lobbying der Kommunen wünschenswert, um den politischen Output durch solches Expertenwissen zu erhöhen, das die Gemeinschaftsebene trotz ihrer gewaltigen bürokratischen Apparate von sich aus nicht bereitstellen kann. Kommunaler Einfluss ist dann »Herrschaft kraft Wissen«, und insoweit wäre »Expertenkommunikation« die vielleicht bedeutendste Zukunftschance kommunaler Einflussnahme auf EU-Ebene. Aber von der so praktizierten Einbindung lokaler Lebenswirklichkeit in die Europapolitik erfährt der Bürger nichts: Lobbying bleibt auch auf Europäischer Ebene ein intransparentes und manipulationsanfälliges Element im politischen Prozess, auch wenn Claudia Münch in ihrem Beitrag hier keinen »negativen Beigeschmack« erkennen möchte (S. 359). Die vielfach beschworene »Bürgernähe« europäischer Politik – bislang bestenfalls eine Wunschvorstellung – wird auf diese Weise jedenfalls nicht realisiert. Von

solchen Problematiken abstrahieren die meisten Beiträge großzügig und betonen nüchtern-realistisch, dass die Kommunen zwingend eine detaillierte Kenntnis über EU-politische Strukturen und Verfahren entwickeln müssen, soll das »Raumschiff Europa« nicht an ihnen vorbeigleiten. Immerhin, so ist Rolf Derenbach und Walter Leitermann zuzustimmen, kann die zunehmende Dialogbereitschaft der Europäischen Kommission und der verstärkte Prozess der Institutionalisierung von Dialog im Rahmen eines EU-spezifischen Governance-Konzeptes – wie es etwa im Weißbuch *Europäisches Regieren* 2000 angedacht wird – als Zeichen eines gewandeltes Verständnis europäischen Regierens gewertet werden, innerhalb dessen die Kommunen an Gewicht gewinnen (S. 83, S. 334).

Sind die (deutschen) Kommunen also »europafähig«? Die Herausgeber betonen im Schlusskapitel noch einmal, dass der europäische Horizont lokaler Politik den Kommunen neuen Gestaltungsspielraum eröffnet und ihnen eine »neue europäische Kompetenz« (S. 495) zuspricht. Das wissenschaftliche Unbehagen angesichts des erkennbar gewollten optimistischen Grundtenors – bei Überbetonung von Chancen unter Zurückstellung virulenter Problematiken – muss wohl schon deshalb in Kauf genommen werden, weil sich das Werk eben nicht primär an Wissenschaftler richtet, sondern eher versucht, die unterschiedlichen Formen und Dimensionen der Praxisbewältigung abzubilden, mit denen deutsche Kommunen auf die Verdichtung europäischer Regelungen zu reagieren versuchen. Hier liefert der Sammelband tatsächlich ein hilfreiches und breites Praxiswissen zu so unterschiedlichen Bereichen wie Öffentlich-private Partnerschaften, Städtenetzwerke, Förderprogramme, Beihilfenregime, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, kommunale Interessenvertretung, Daseinsvorsorge, Umweltrecht u. a. m. Ob der Leser dieser gut gemeinten Sicht auf die komplexe, und – demokratietheoretisch nach wie vor über weite Strecken äußerst fragwürdige – europäische Wirklichkeit am Ende zustimmt, ergibt sich aus der Argumentation der Beiträge keineswegs zwingend. Kein Zweifel jedenfalls entsteht darüber, dass die Bezie-

hung zwischen Kommunen und Gemeinschaft einem rasanten Wandel unterliegt, und die Betroffenheit der Kommunen von europarechtlichen Vorgaben dringend nach einem stärkeren EU-politischen Engagement auf lokaler Ebene verlangt.

Thorsten Philipp

Manfred RIEDEL: Geheimes Deutschland. Stefan George und die Brüder Stauffenberg, Böhlau-Verlag, Köln/Weimar 2006, 267 S., geb., 24,90 EUR.

Die Konstellation weckt unweigerlich hohe Erwartungen: Der Philosoph Manfred Riedel, einst mit der »Rehabilitierung der praktischen Philosophie« beschäftigt, wendet sich dem dunklen Dichter Stefan George und seinem Kreis zu. Doch er thematisiert nicht allein die modernefindlichen Kassandrarufer des Dichters, sondern zieht auch die praktische Manifestation seiner Dichtung schlechthin, Stauffenbergs Attentat auf Hitler, mit ins Kalkül. Das von Sebastian Haffner benannte Desiderat der deutschen Geistesgeschichte – also ein Kapitel namens »George – Hitler – Stauffenberg« wird hier wieder aufgerollt. Doch wird allein schon aus dem Aufbau des Textes deutlich, dass Stauffenberg und das Hitler-Attentat nur den Rahmen für die Beschäftigung mit George bilden. Im Zentrum steht Georges »Geheimes Deutschland«, das vorgestellt wird als Dichterreich, das zu begreifen ist als die geistig-ästhetische Gegenbewegung zur Wirklichkeit des Kaiserreiches ebenso wie zur seinsvergessenen Weimarer Republik sowie zum »anderen Deutschland« der Nationalsozialisten. Es ist gleichsam das Komplement von Georges apokalyptischer Modernekritik, doch lässt sich George, wie Riedel mehrfach betont, aufgrund seiner Gegenwartsdiagnose nicht zu jenem gefährlichen nationalistisch-romantischen Rückgriff auf die deutsche Geschichte verleiten, der schließlich den weißbärtigen Preußenkaiser als zurückgekehrten Barbarossa feiern konnte. Stattdessen hat das Geheime Deutschland Georges eine dezidiert europäische Dimension, die den nationalen Rahmen sprengt. Und darauf kommt es Riedel

an: Wenn George Gerechtigkeit widerfahren soll, so ist er als nicht völkisch denkender Europäer zu verstehen, dessen Reichsidee allein fiktiver Art ist, weshalb der Führer dieses Reiches kein anderer als ein Dichter sein kann. Niemand scheint George hier also ferner zu sein als Hitler. Aber ach – dem ist nicht so, wie wir aus Thomas Karlaufs im letzten Jahr erschienenen George-Biographie lernen können. Nicht nur, dass George sich trotz seines beharrlichen Schweigens wohl als Vordenker der »Bewegung« gesehen hat, sondern dass er selbst als charismatischer Führer im Sinne Webers den ihn umgebenden Kreis junger Männer diktatorisch beherrschte, klammert Riedel schlichtweg aus. Auch die im Titel erweckten Erwartungen werden enttäuscht: George und die Brüder Stauffenberg werden je für sich durchaus dargestellt, doch wird die Verbindung, das Verbindende letztlich nicht deutlich genug herausgearbeitet – vielleicht, weil es Riedel selbstverständlich und offenkundig erscheint. Doch was aus historischer und auch theoretischer Perspektive durchaus stärker thematisiert werden sollte – Verstrickungen in den Nationalsozialismus – oder könnte – etwa der zuletzt durch Karlaufs Biographie erhärtete Päderastie-Vorwurf – wird zugunsten eines weitgehend bereinigten und darum undifferenzierten Bildes vor allem Georges beiseite geschoben. Würden diese problematischen Aspekte in Betracht gezogen, würde sich mit aller Schärfe die Frage stellen, ob das »Geheimnis«, das Riedel bei George zu finden glaubt und das angeblich Stauffenbergs Tat motiviert, überhaupt vorhanden ist. Und wenn das Geheimnis darin bestünde, dass es kein Geheimnis gibt, wäre das Kapitel »George – Hitler – Stauffenberg« mit der bitteren Erkenntnis abzuschließen, dass Stauffenberg lediglich aus einer Fiktion, einem Wahn heraus gehandelt hätte. Diese fatale Überlegung jedoch erspart Riedel sich und uns, und man wird sagen können, dass er stattdessen an anderer Stelle seine Stärken entfalten kann: Gerade die Rückbezüge auf Hölderlin, Nietzsche und Weber sind sehr erhellend und tragen wesentlich dazu bei, George besser zu verstehen, sofern das Geheimnis seiner Dichtung aus mehr als kaschierter Homosexualität besteht. Doch verweisen auch

diese Bezüge letztlich nur darauf, dass hier ein noch weiteres Feld deutscher Geistesgeschichte darauf wartet, systematisch bestellt zu werden. Das Unbehagen in der Moderne als ein verbindender Grundton dieser Autoren eröffnet dabei eine spannende und hochaktuelle Perspektive, aber leider gibt sich Riedel auch hier wieder zu schnell zufrieden: Die Zusammenhänge scheinen zwar auf, doch werden sie nicht expliziert und hinterfragt. Stattdessen drängt sich aufgrund der Struktur des Textes, der zur Amalgamierung verschiedener Aspekte neigt, der Eindruck auf, dass sie sich eher assoziativ ergeben. Was die Untersuchung noch am ehesten methodisch zusammenhält, das ist die Interpretation der zitierten Gedichtverse. Beinahe benähtigend ist jedoch, wie sehr damit zugleich auf andere Herangehensweisen – etwa die Einbeziehung biographischen Materials – praktisch vollständig verzichtet wird. Damit bleibt der Text insgesamt selbst hermetisch, er erbt einen Abglanz des Geheimnisses, das George und seine Gedichte umgibt. Wäre der Text eine akademische Abschlussarbeit, so müsste man notwendig ihre mangelnde begriffliche Schärfe, ungenügende Erläuterungen und die nicht erkennbare Methode kritisieren, wohingegen die Materialfülle keine Klage zulässt. Auch ist dem Text nicht immer leicht zu folgen, die teilweise recht plötzlichen Wechsel des Bezugsrahmens erfordern eine konzentrierte Lektüre. Gleichwohl ist der Text anregend, und es bleibt zu hoffen, dass die anklingenden Themen noch einmal stärker systematisch und differenzierter aufgegriffen werden – vor allem das habitualisierte Unbehagen in der Moderne wird für die Politische Theorie ein lehrreiches Thema bleiben, das in seiner deutschen Version von Nietzsche über Weber und George bis hin zu Hitler seine »Achszeit« hat. Riedel skizziert einen Aspekt dieser dunklen Zeit oftmals zutreffend, doch leider insgesamt in zu blassen Farben.

Holger Zapf